STABIL BLEIBEN.

Können wir!

Wahlprogramm der SPÖ Tirol
Für die Landtagswahl 2027

SPÖ Tirol

Inhalt.

Arbeit 6
Wirtschaft 9
Digitalisierung und KI 12
Anti-Teuerung 15
Konsum 17
Konsument:innenschutz 19
Bildung 22
Demokratie und Rechtsextremismus 28
Frauen und Gleichstellung 32
Gemeinden 38
Gesundheit und Pflege 44
Inklusion 54
Kultur 58
Mobilität und Verkehr 64
Soziales 70
Sport 76
Umwelt und Energie 82
Wohnen 90
Zusammenleben und bürgernahe Verwaltung 98

SPÖ Tirol

Vorwort.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten das Herzstück der Tiroler SPÖ in Ihrer Hand. Auf den folgenden Seiten lesen Sie, wie wir Tirol gerechter machen wollen. Das ist unser Anspruch. Wir machen Politik nicht als Selbstzweck, sondern für die Menschen, die ihr tägliches Leben mit ihrer Arbeit finanzieren müssen. Für jene, die keine Großgrundstücke, Jagdschlösser oder Zinshäuser geerbt haben. Für Menschen, die Kinder großziehen, Angehörige pflegen und Verantwortung für andere übernehmen.

Ohne die arbeitenden Menschen gäbe es keine Sozialdemokratie. Und ohne die Sozialdemokratie gäbe es viele der Rechte nicht, die für Beschäftigte heute selbstverständlich erscheinen. Kündigungsschutz, bezahlter Urlaub und ein arbeitsfreier Sonntag wurden gemeinsam erkämpft. Unser Anspruch reicht aber weiter: **ein leistbares und selbstbestimmtes Leben für alle**. Dafür kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und befreundete Bewegungen auf der ganzen Welt.

Auch dieses Programm folgt diesem Anspruch. Wir wollen Menschen entlasten, Chancen eröffnen und vor Ausbeutung und Benachteiligung schützen. Dazu gehören klare Regeln und Konsequenzen für jene, die auf Kosten anderer Gewinne machen oder sich ihrer Verantwortung entziehen. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle. Denn wer ein sicheres Zuhause hat, von seiner Arbeit leben kann und im Krankheitsfall gut versorgt wird, kann mit mehr Zuversicht in die Zukunft schauen. So schaffen wir die Voraussetzungen für mehr Zusammenhalt und weniger Angst.

Das mag in einer Zeit, in der wir von einer Krise in die nächste geraten, für manche naiv klingen. Aber wir sind überzeugt: **Keine Krise lässt sich mit Schuldzuweisungen, Spaltung oder Hass lösen.** Was uns weiterbringt, ist

der Blick auf die Menschen, die von diesen Krisen betroffen sind, auf ihre Sorgen und darauf, was ihnen Sicherheit und Zuversicht gibt.

Unser Wahlprogramm für die Landtagswahl 2027 ist in diesem Geist entstanden. In einem offenen Prozess haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Fachleute, Interessierte und Betroffene ihre Erfahrungen und Ideen eingebracht. Wir haben gemeinsam darüber nachgedacht, was sich in Tirol verändern muss und wie wir das erreichen können. **Kein Anliegen war zu klein, um ernst genommen zu werden.** Aus diesen Gesprächen sind konkrete Vorschläge für unser Land entstanden.

Wir arbeiten dafür, dass Tirol stabil bleibt. Wir können das. Die SPÖ ist die Garantin dafür, dass die Interessen der arbeitenden Menschen dort vertreten sind, wo politische Entscheidungen getroffen werden. Dieses Wahlprogramm zeigt, was wir für Tirol vorhaben. Jetzt geht es darum, unsere Ideen gemeinsam Wirklichkeit werden zu lassen. Je mehr Menschen uns bei der Landtagswahl 2027 ihr Vertrauen schenken, desto mehr von dem, was Sie auf den folgenden Seiten lesen, können wir gemeinsam umsetzen.



Ihr Philip Wohlgemuth



Arbeit.
Können wir!

Arbeit.

Wer arbeitet, verdient ein gutes Leben mit fairem Lohn, sicheren Arbeitsbedingungen und Zeit für Familie, Freundschaften und Erholung. Arbeit muss Anerkennung bringen und darf nicht krank machen. Wir stehen stabil an der Seite der Beschäftigten und stärken Rechte und Mitbestimmung. Unser Ziel ist ein Tirol, in dem gute Arbeit für alle möglich ist: unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Alter. Dazu zählen faire Chancen, gute Ausbildung und die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

1. Fair zahlen und kein Geheimnis draus machen.

Grundlagen für jedes gute Leben sind ein Einkommen, von dem man leben kann, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und nachvollziehbare Entlohnungsstrukturen. Auf Bundesebene fordern wir verbindliche Lohntransparenz unabhängig von der Betriebsgröße.

2. Gesund arbeiten und ausreichend Erholung ermöglichen.

Für die Gesundheit der Beschäftigten sind auch die Betriebe zuständig – zum Beispiel mit Schutz vor körperlicher und psychischer Überlastung, Arbeitszeitkontrollen und einer sechsten Urlaubswoche. Ein flächendeckendes Beratungs- und Förderprogramm wollen wir auch für kleine Betriebe schaffen: ergonomische Arbeitsplätze, Hitzeschutz, psychologische Beratung, Burn-out- und Suchtprävention, Bewegung und gesundheitsgerechte Arbeitszeiten. Auch hier gilt: Wirtschaftsförderung muss an überprüfbare Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und Erholung und an die Beteiligung der Beschäftigten gebunden werden.

3. Familie, Pflege und Beruf vereinbaren.

Was wir beitragen können, dass Kinder und Eltern eine gute Zeit miteinander haben? Partnerschaftliche Karenzmodelle zwischen Männern und Frauen, Anreize für Männer, sich mehr als bisher zu beteiligen, familienfreundliche Arbeitszeiten und Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg.

Auf Bundesebene setzen wir uns für Karenzmodelle ohne massive Einkommensverluste oder Nachteile bei Karriere, Pension und Weiterbildung ein. Gleichzeitig wollen wir kostenlose, ganztägige und ganzjährige Kinderbildung einschließlich der Ferien sowie verlässliche Entlastungsangebote für pflegende Angehörige sicherstellen.

4. Weiterbildung und Berufswechsel absichern.

Heute arbeitet kaum mehr jemand das ganze Leben im gleichen Job. Flexibilität ist gefragt. Diese Anforderung darf aber nicht alleine an den Arbeitnehmer:innen hängen bleiben. Wir arbeiten deswegen für leistbare Qualifizierung, Umschulung und Anerkennung vorhandener Berufserfahrung; wir setzen uns für besondere Unterstützung für Arbeitssuchende und ältere Beschäftigte ein.

Wir wollen Beratungsleistungen und finanzielle Unterstützung während der Qualifizierung ausbauen. Wir brauchen niederschwellige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei digitalen Kompetenzen, Gesundheits- und Sozialberufen, Technik, Handwerk, Energie und Klimaschutz. Wir schaffen regionale Qualifizierungsverbünde mit Land, AMS, Sozialpartnern und Bildungseinrichtungen.

5. Eine gute Pension für ein Leben voller Arbeit.

Wer lange gearbeitet hat, verdient einen fairen Übergang in die Pension. Vom Bund fordern wir eine Ausweitung und Verbesserung der Schwerarbeitsregelung sowie eine abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren. Unternehmen sollen dabei mithelfen, Altersarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ein bundesweites Bonus-Malus-System soll zudem Unternehmen belohnen, die ältere Arbeitnehmer:innen beschäftigen, und jene stärker in die Verantwortung nehmen, die sich dieser Aufgabe entziehen.

6. Lehrlinge und Praktikant:innen gut behandeln und ausbilden.

Wer arbeitet, hat von Anfang an Respekt und eine ordentliche Bezahlung verdient. Gute Ausbildungsbedingungen, faire Bezahlung, unabhängige Beratung und Schutz vor Ausbeutung, das wollen wir für Lehrlinge und Praktikant:innen bieten.

Das heißt: Betriebe unterstützen, die hochwertig ausbilden und Lehrlinge anschließend übernehmen. Leistbare Lehrlings-WGs in den Regionen schaffen, freie Wohnkapazitäten nutzen und Mobilitätsstipendien für europäische Ausbildungsaufenthalte

ausbauen. Wir wollen qualifizierte Ausbilder:innen stärken, die Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung ausbauen und mit der Umsetzung des Masterplans für Fachberufsschulen und Landesberufsschülerheime moderne Ausbildungsbedingungen schaffen.

7. Gute Arbeit im Tourismus sichern.

Immer weniger Einheimische arbeiten im Tourismus. Das ist in einer der Kernbranchen des Landes kein Zustand, der so bleiben muss. Wir treten für eine faire Entlohnung, verlässliche Arbeitszeiten, angemessene Unterkünfte und bessere Perspektiven für Saisonbeschäftigte ein: Damit diese Säule des Landes auch für Arbeitnehmer:innen wieder attraktiver wird.

8. Arbeitsmarktintegration gezielt fördern.

Wir wollen Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt durch individuelle Beratung, Qualifizierung und Begleitung beim Berufseinstieg unterstützen. Dazu gehören insbesondere arbeitsmarktnahe Integrationsprojekte, die Menschen schrittweise an Beschäftigung heranführen. Gemeinsam mit dem AMS, den Sozialpartnern und regionalen Betrieben wollen wir bestehende Angebote ausbauen und Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern.

9. Qualifizierte Fachkräfte nach Tirol holen.

Wir wollen Betriebe bei der Beschäftigung und Integration internationaler Fachkräfte unterstützen. Regionale Qualifizierungsverbünde, berufsbegleitende Deutschkurse und gezielte Weiterbildungsangebote sollen den Einstieg in den Tiroler Arbeitsmarkt erleichtern. Dabei setzen wir auf faire Arbeitsbedingungen, gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit.

10. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, braucht eine neue Perspektive.

Bei Kündigungen, Betriebsschließungen und Insolvenzen darf niemand allein bleiben. Wir wollen die Tiroler Arbeitsstiftungen langfristig absichern und bei Bedarf ausbauen. Gemeinsam mit AMS, Sozialpartnern und betroffenen Betrieben sollen rasch Beratung, passende Ausbildungen und finanzielle Unterstützung während der Qualifizierung bereitstehen.

Wirtschaft.

Eine starke Wirtschaft muss den Menschen dienen. Ihr Erfolg zeigt sich an guten Arbeitsplätzen, fairen Einkommen und einem Wohlstand, der bei allen ankommt. Wir setzen auf regionale, kleine und mittlere Betriebe, eine starke Industrie und produzierendes Gewerbe, Innovation und öffentliche Investitionen, die Tirol voranbringen. Wer Verantwortung übernimmt, zukunftsorientiert ausbildet und faire Löhne zahlt, verdient Unterstützung. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit gehören für uns zusammen. So schaffen wir Perspektiven und halten die Wertschöpfung im Land.

1. Klein aber Oho.

Das Rückgrat der Tiroler Wirtschaft sind, besonders außerhalb der städtischen Zentren, die kleinen und mittleren Betriebe. Damit sie erfolgreich wirtschaften, wachsen und gute Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie zugängliche Förderungen, verständliche Verfahren und Unterstützung bei Investitionen und Weiterentwicklung.

2. Kleine Pflänzchen fleißig gießen.

Wir setzen auf Beratung, Finanzierung und Begleitung besonders für Erstgründungen, Ein-Personen-Unternehmen und Betriebe in den Regionen. Das bedeutet unter anderem: Mentoring, Weiterbildung und Unterstützung bei den ersten Beschäftigten anbieten. Strategisch wichtige Betriebe unterstützen, die regionale Versorgung sichern, Arbeitsplätze schaffen oder neue Technologien entwickeln.

3. Selbstständige besser absichern.

Kein 13. und 14. Gehalt, kein Krankenstand und die Steuer immer im Rücken: Selbständigkeit ist eine Herausforderung. Was selbstständige Menschen brauchen: Unterstützung bei Krankheit, Schwangerschaft und Betreuungspflichten und leistbare Betriebsvertretungen.

Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmer:innen schaffen, die Beratung, Förderungen, Weiterbildung und Unterstützung bei Betreuungsfragen und betrieblichen Ausfällen bündelt. Wir planen, den gleichberechtigten Zugang zu Gründungs- und Wirtschaftsförderungen zu überprüfen und einen Schwer-

punkt für Unternehmerinnen in Beratungs-, Netzwerk- und Finanzierungsprogrammen zu setzen.

4. Nur fördern, wer bleibt.

Für die Wirtschaftsförderung wollen wir Beschäftigung, Ausbildung, faire Arbeitsbedingungen und nachvollziehbare Unternehmenskonzepte als Kriterien. Standorttreue und regionale Wertschöpfung sollen berücksichtigt werden. Langfristige Förder- und Leistungsverträge für soziale Einrichtungen samt jährlicher Anpassung an Lohn- und Preissteigerungen wollen wir absichern.



5. Forschung und Innovation als Standortvorteil pflegen.

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen – denn hier entstehen Geschäftsmodelle, die internationale Investitionen und qualifizierte Arbeitnehmer:innen ins Land bringen können. Öffentlich finanzierte Forschung soll Innovationen ermöglichen und gute Arbeitsplätze in Tirol schaffen.

6. Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig und schonend.

Wir legen Wert auf Qualität, auf regionale Wertschöpfung und ganzjährige Beschäftigung und unterstützen Regionen bei der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen. Wir wollen sanften und naturnahen Tourismus stärken. Klasse und Masse sind kein Gegensatz: Auch bei hohen Gästezahlen müssen Qualität, gute Arbeitsbedingungen und ein schonender Umgang mit Natur und Ressourcen sichergestellt sein.

7. Steuerflucht der ganz großen Fische unterbinden.

Wir setzen auf transparente Unternehmensstrukturen und gehen konsequent gegen Steuervermeidung vor. Auf Bundes- und EU-Ebene

treten wir dafür ein, dass Gewinne dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden, und internationale Handelskonzerne sowie digitale Plattformen ihren fairen Beitrag leisten. Wir müssen Unternehmen mit aggressiver Steuervermeidung oder Gewinnverschiebung in Steueroasen von Landesförderungen ausschließen. Dafür wollen wir überprüfbare Kriterien festlegen. Bei Förderungen verlangen wir transparente Eigentums- und Steuerstrukturen.

8. Bürokratie-Check gesetzlich verankern.

Wir wollen neue Landesgesetze und Verordnungen künftig verpflichtend auf ihren Verwaltungsaufwand prüfen. Dabei sollen insbesondere zusätzliche Meldepflichten, Dokumentationsanforderungen und Kosten für Bürger:innen, Unternehmen und Gemeinden bewertet werden. Ziel ist es, unnötige Bürokratie von Anfang an zu vermeiden, Verfahren zu vereinfachen und bestehende Schutzstandards zu erhalten.

9. Gute Arbeit braucht eine starke Produktion.

Wir wollen Industrie und produzierendes Gewerbe in Tirol stärken und Arbeitsplätze langfristig im Land halten. Das Land soll Betriebe bei der Modernisierung, beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten unterstützen. Dafür braucht es eine verlässliche Energieversorgung, geeignete Betriebsflächen mit Vorrang für bereits genutzte Standorte und eine leistungsfähige Infrastruktur. Öffentliche Förderungen müssen an Standorttreue, Beschäftigungssicherung und gute Arbeitsbedingungen gebunden sein.

“Wer arbeitet, macht unsere Wirtschaft stark. Diese Leistung verdient Anerkennung und eine gute Pension – auch dann, wenn sie in der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen erbracht wird. Damit wir auch in Zukunft gute Arbeitsplätze und sichere Pensionen haben, müssen wir unsere Tiroler Unternehmen stärken und dafür sorgen, dass sie auch im Zeitalter von KI und Globalisierung erfolgreich bleiben.“



Philip Wohlgemuth
Landesparteivorsitzender

Digitalisierung und KI.

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung verändern unsere Arbeit und unseren Alltag. Wir wollen ihre Chancen nutzen, damit sie Beschäftigte entlasten und Fortschritt für alle ermöglichen. Dafür braucht es klare Regeln und menschliche Verantwortung. Über den Einsatz neuer Technologien im Betrieb müssen Beschäftigte mitentscheiden können. Bildung und Weiterbildung sollen allen offenstehen. Unser Maßstab: Der Mensch bestimmt über die Technik. Ihr Nutzen darf nicht wenigen vorbehalten bleiben.

1. Das Netz muss fetzen.

Für gleichberechtigten Zugang zum Internet brauchen wir den Glasfaserausbau, eine leistungsfähige Versorgung abgelegener Regionen und gute Unterstützung kommunaler Netze.

2. Die KI macht dich nicht hin.

Damit die Chancen Künstlicher Intelligenz genutzt werden können und die KI nicht zur Bedrohung wird, braucht es niederschwellige Lernangebote für Beschäftigte, Arbeitssuchende und ältere Menschen. Der Zugang zu diesen Angeboten muss unabhängig von Einkommen und Vorkenntnissen ermöglicht werden.

3. Der KI menschliche Zügel anlegen.

KI-Tools verändern die Arbeitswelt – aber es darf nicht dazu führen, dass die KI über die Menschen bestimmt. Deswegen müssen wir Beschäftigte und Betriebsräte beteiligen und Weiterbildung und berufliche Übergänge absichern. Produktivitätsgewinne durch Automatisierung sollten für bessere Arbeitsbedingungen genutzt werden.

Technologie- und Digitalisierungsförderungen knüpfen wir an Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und nachvollziehbare soziale Vorteile. KI-Anwendungen unterstützen wir besonders dann, wenn sie schwere oder gefährliche Arbeit erleichtern und Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn ermöglichen.

4. Diejenigen ohne IT-Abteilung unterstützen.

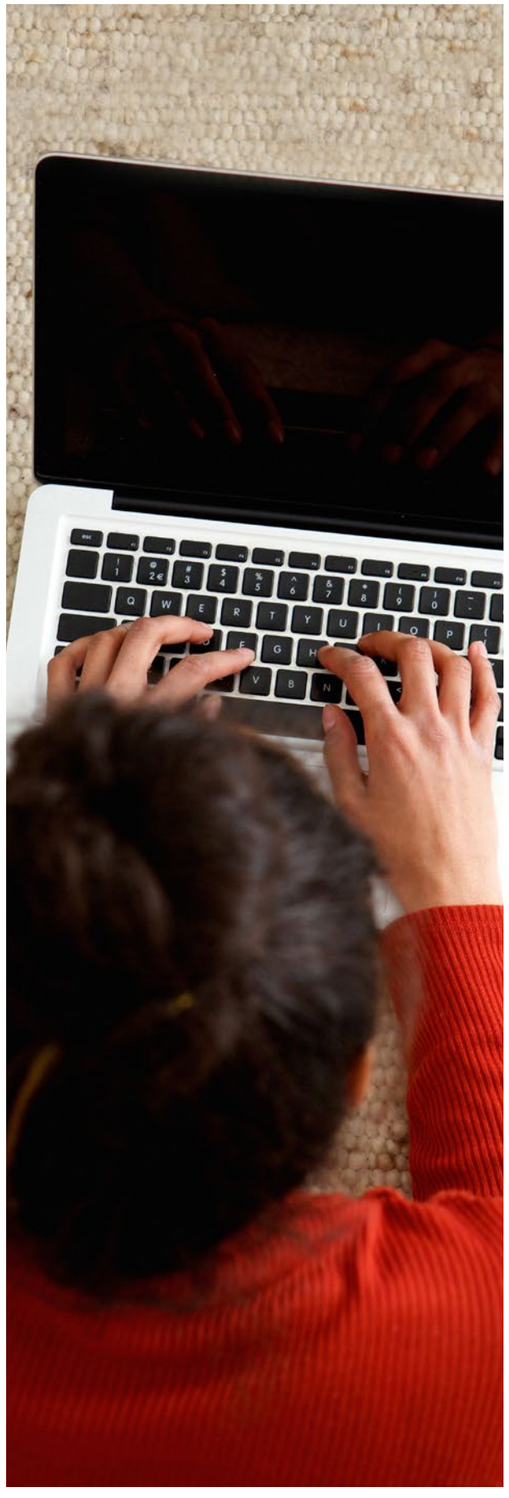
Wo große Betriebe eine eigene spezialisierte Abteilung haben, stehen die Kleinen oft allein da. Sie brauchen eine anbieterunabhängige Beratung und Zugang zu sicheren, geeigneten Anwendungen. Dabei sind auch Datenschutz, IT-Sicherheit und die Vermeidung einseitiger Anbieterabhängigkeiten zu berücksichtigen.

5. Die KI muss menscheln.

Wir sagen nicht Nein zur Künstlichen Intelligenz, aber es braucht Transparenz und menschliche Verantwortung. Das bringt Überprüfbarkeit und Schutz vor diskriminierenden Entscheidungen. Für den Einsatz von KI in Betrieben wollen wir klare Regeln bei Bewerbungen, Dienstplanung und Leistungsbewertung entwickeln und Beschäftigte vor unverhältnismäßiger digitaler Überwachung schützen.

6. Für die KI braucht’s a Strategie.

KI-Kompetenzen, Rechenkapazitäten, Datensouveränität und Datensicherheit werden für Wirtschaft und Verwaltung immer wichtiger. Mit einer neuen „Landesstrategie Daten und KI“ wollen wir mit der Landesverwaltung als Vorbild und Vorreiterin bestehende Kompetenzen bündeln, den Zugang zu notwendigen Ressourcen verbessern und den sicheren, verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz vorantreiben.



7. Fake News durch Bekenntnis zu Fairness verhindern.

Künstlich manipulierte Bilder haben in der Tiroler Politik schon öfter für Unruhe gesorgt. Dabei geht es auch um die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Menschen. Wir wollen deswegen das KI-Fairnessabkommen der im Landtag vertretenen Parteien durch den Fairnessrat dynamisch weiterentwickeln.

8. Wirksamer Schutz gegen Deepfakes und Co.

Vulnerable und besonders betroffene Gruppen wie Kinder und Frauen müssen wirksam vor Deepfakes und anderen missbräuchlich eingesetzten Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung geschützt werden. Das Land soll Präventionsangebote und spezialisierte Beratung für Betroffene fördern. Schulen und Jugendeinrichtungen brauchen verständliche Informationen und Unterstützung im Umgang mit missbräuchlich erstellten oder verbreiteten Bildern.

9. Klare Regeln für Rechenzentren schaffen.

Neue Rechenzentren müssen strenge Anforderungen an Energieeffizienz, Flächenverbrauch und Ressourcenschutz erfüllen. Betreiber sollen ihren zusätzlichen Strombedarf durch erneuerbare Energien absichern und die Kosten für notwendige Netz- und Infrastrukturmaßnahmen selbst tragen. Die öffentliche Trinkwasserversorgung darf nicht durch die Kühlung von Rechenzentren belastet werden.

Entstehende Abwärme soll nach Möglichkeit für die Wärmeversorgung genutzt werden. Bereits versiegelte Flächen sollen Vorrang haben und Anrainer:innen wirksam vor Lärm geschützt werden. Standortgemeinden sollen angemessen an der Wertschöpfung beteiligt werden. Voraussetzung für neue Projekte muss ein nachvollziehbarer Nutzen für die Region sein.

10. Fortschritt darf nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt gehen.

KI kann Arbeit erleichtern, aber auch Arbeitsplätze verdrängen, Überwachung verstärken und Macht bei wenigen Konzernen konzentrieren. Ihr Einsatz braucht Energie, Wasser und Rohstoffe. Technischer Fortschritt muss den Menschen zugutekommen und Ressourcen schonen. Wo Arbeit sich verändert oder wegfällt, braucht es Qualifizierung und neue berufliche Perspektiven.

Anti-Teuerung.

Ein gutes Leben darf keine Frage des Geldbörsels sein. Wenn Wohnen, Energie und Lebensmittel immer mehr vom Einkommen verschlingen, ist die Politik gefordert. Wir kämpfen dafür, dass Löhne, Gehälter und Pensionen zum Leben reichen und niemand bei Grundbedürfnissen sparen muss. Dazu braucht es wirksame Maßnahmen gegen überhöhte Preise, leistbare öffentliche Angebote und gezielte Unterstützung. Die Krisenkosten dürfen nicht auf jene abgewälzt werden, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

1. Anti-Teuerungsrat aktiv nutzen.

Politik, Sozialpartner und Wissenschaft kommen regelmäßig zusammen, um Preisentwicklungen und regionale Unterschiede zu untersuchen und daraus konkrete Entlastungsmaßnahmen abzuleiten. Fixkosten für Arbeitnehmer:innen wie Sprit, Lebensmittel, Wohnen und Heizen sind hier besonders zu berücksichtigen.

2. Ungerechtfertigte Tirol-Aufschläge bekämpfen.

Die Untersuchung der Tiroler Spritpreise wollen wir konsequent weiterführen und auf Grundlage der Ergebnisse wirksame Maßnahmen setzen. Preisunterschiede zwischen Bundesländern und innerhalb Tirols nachvollziehbar machen und gegen sachlich nicht gerechtfertigte Aufschläge vorgehen.



Keine Kartelle und Preisabsprachen zulassen. Auf Bundesebene treten wir für eine starke Bundeswettbewerbsbehörde ein. Auffälligkeiten bei Preisen und Wettbewerb wollen wir den zuständigen Behörden zur Prüfung vorlegen und die Zusammenarbeit zwischen Land, Kontrollstellen und Konsument:innen stärken.

3. Faire Lebensmittelpreise durchsetzen.

Gemeinsam mit dem Bund gehen wir auf europäischer Ebene gegen den Österreich-Aufschlag bei Lebensmitteln vor. Nicht nachvollziehbare Preisunterschiede wollen wir aufklären und Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Aufschläge unterstützen.

4. Preissenkungen müssen bei den Menschen ankommen.

Bei Spritpreisen gilt es zu überprüfen, wie rasch sinkende Beschaffungskosten weitergegeben werden. Wir treten für wirksame Entlastung und die Einbeziehung überhöhter Konzernmargen ein. Dafür wollen wir auf Bundesebene steuerliche Lösungen wie eine Übergewinnsteuer entwickeln.

5. Kommunale Gebühren sozial verträglich gestalten.

Die Gemeinden stehen finanziell unter Druck – doch Budgetsanierung über die Gemeindegebühren lehnen wir ab. Die Gebührenentwicklung wird gemeinsam mit den Gemeinden begrenzt und dabei die notwendige Finanzierung kommunaler Leistungen auf anderem Weg sichergestellt.

6. Unterstützungen regelmäßig anpassen.

Förderhöhen und Einkommensgrenzen wollen wir regelmäßig anhand der tatsächlichen Kostenentwicklung überprüfen und entsprechend anpassen, damit Unterstützungen ihre entlastende Wirkung behalten.

Konsum.

Konsum ist Teil des Alltags und bedeutet mehr als Einkaufen: Er ermöglicht Teilhabe, Lebensqualität und dann und wann auch einfach Genuss. Wir wollen, dass alle Menschen Produkte und Dienstleistungen bezahlen können. Gleichzeitig sollen nachhaltige Entscheidungen kein Privileg hoher Einkommen sein, sondern auch einem kulturellen Wandel der Gesellschaft folgen. So stärken wir regionale Kreisläufe und den bewussten Umgang mit Ressourcen.

1. Das Geschäft im Ort soll bleiben.

Wir müssen Nahversorger, Bauernläden, Märkte und Ab-Hof-Angebote unterstützen, dabei wollen wir kommunale Modelle ermöglichen. Das bedeutet, regionale Verarbeitungsbetriebe zu stärken und den Anteil regionaler und saisonaler Lebensmittel in öffentlichen Küchen zu erhöhen. Dabei helfen gemeinsame Vermarktungs- und Logistikstrukturen, damit regionale Produzent:innen größere Einrichtungen zuverlässig beliefern können.

2. Stopp der Lebensmittelverschwendung.

Wir unterstützen die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, stärken die Weitergabe und Verwertung und sichern Sozialmärkte und Lebensmittelrettung langfristig ab. Wir wollen eine verbindliche Tiroler Strategie entwickeln und öffentliche Küchen zu Vorbildern machen.

Geförderte Handels- und Lebensmittelbetriebe sollen konkrete Vermeidungsmaßnahmen vorlegen. Auf Bundesebene fordern wir, dass genießbare Lebensmittel vorrangig verkauft, vergünstigt angeboten, gespendet oder weiterverarbeitet werden, bevor sie entsorgt werden dürfen.

3. Reparieren und Wiederverwenden erleichtern.

Den Elektronikhändler im Ort gibt es nur mehr sehr selten: Umso wichtiger ist für uns, Reparaturangebote, wiederaufbereitete Produkte und regionale Wiederverwendungszentren zu unterstützen, die meist von der öffentlichen Hand organisiert werden. Wir wollen gemeinsam mit Gemeinden und sozialökonomischen Betrieben Reparatur- und Gebrauchtwarenangebote ausbauen und durch

eine gemeinsame Übersicht leichter auffindbar machen.

4. Es braucht nicht jede:r eine eigene Bohrmaschine.

Es gibt viele Werkzeuge und Haushaltsgeräte, die man nur zwei Mal im Jahr braucht. Wir wollen Projekte und gemeinschaftliche Angebote für Werkzeuge, Geräte und andere selten benötigte Güter fördern, damit sich nicht jede:r diese teuren Geräte kaufen muss. Das entlastet besonders Menschen mit geringen Einkommen.

5. Finger weg vom Sonntag.

Allen Wünschen von Menschen, die gerne 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche einkaufen wollen, zum Trotz: Das geht sich nicht aus. Der Sonntag gehört den Familien, der Erholung und der Freizeit.



Konsument:innenschutz.

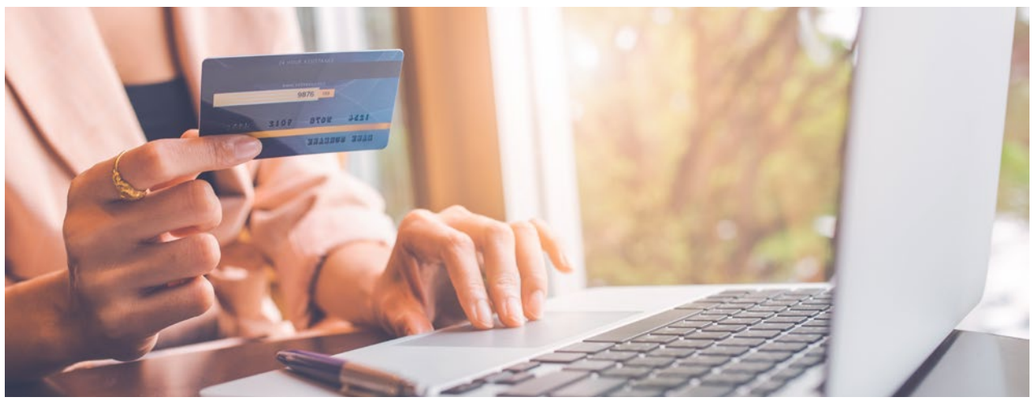
Wer einkauft, einen Vertrag abschließt oder eine Dienstleistung nutzt, muss sich auf faire Bedingungen verlassen können. Wir stehen für nachvollziehbare Preise, verständliche Verträge und Schutz vor Täuschung, Abzocke und unfairen Geschäftspraktiken. Rechte müssen im Alltag durchsetzbar sein, auch gegenüber großen Konzernen und digitalen Plattformen. Dazu braucht es unabhängige Beratung, starke Kontrollen und einfache Beschwerdewege. Konsument:innenschutz muss allen offenstehen: persönlich, analog und digital.

1. Vor Onlinebetrug schützen.

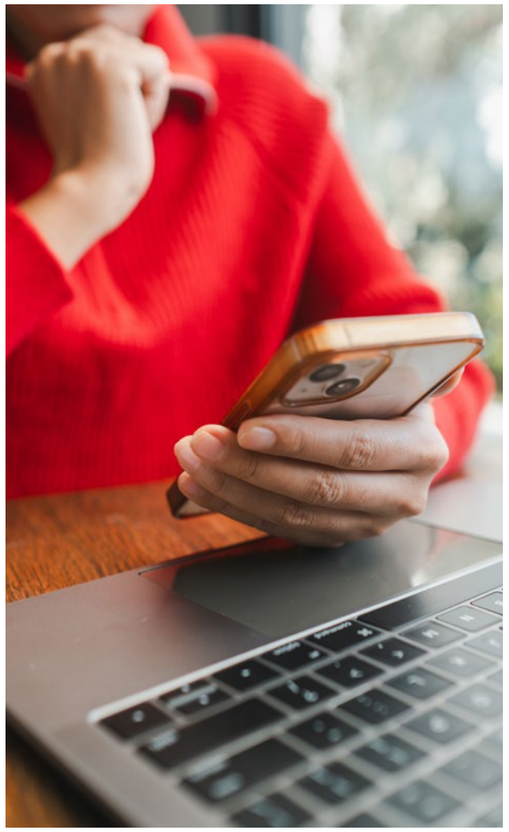
Gemeinsam mit der Arbeiterkammer, Polizei und bestehenden Beratungsstellen wollen wir Präventionsangebote in allen Tiroler Bezirken ausbauen. Gemeinden, Schulen, Banken und Senior:innen sollen stärker eingebunden werden, um frühzeitig und verständlich über aktuelle Betrugsmaschen, Phishing und Identitätsmissbrauch zu informieren. Gezielte Schulungen, insbesondere für ältere Menschen, und leicht zugängliche Beratungsangebote sollen helfen, Betrug zu verhindern und Betroffene rasch zu unterstützen.

2. Digitale Plattformen und Finanzdienstleister in die Pflicht nehmen.

Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns dafür ein, dass Plattformbetreiber:innen und Finanzdienstleister:innen stärker verpflichtet werden, Onlinebetrug frühzeitig zu erkennen



und zu verhindern. Dafür braucht es wirksame Schutzmechanismen, einfache Meldewege und klare Verantwortlichkeiten bei betrügerischen Angeboten.



3. Täuschende Werbung erkennen und Beschwerden erleichtern.

Gemeinsam mit der Arbeiterkammer wollen wir verständliche Informationen zu irreführender Werbung bereitstellen. Über bestehende Beratungsstellen erleichtern wir die Dokumentation und Weiterleitung von Beschwerden an zuständige Stellen.

4. Verträge müssen verständlich und fair sein.

Ob Handyvertrag, Fitnessstudio oder Streamingabo: Kosten, Laufzeiten und Kündigungsbedingungen müssen auf einen Blick erkennbar sein. Gemeinsam mit der Arbeiterkammer wollen wir die Beratung zu Vertragsfallen und unzulässigen Gebühren stärken. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen versteckte Kosten, untergeschobene Abos und unnötige Kündigungshürden ein.



Bildung.
Können wir!

Bildung.

Bildung schafft die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und eine gerechte Gesellschaft. Sie soll Menschen befähigen, kritisch zu denken und die Gesellschaft mitzugestalten. Bildungschancen dürfen nicht vererbt werden: Jedes Kind muss unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern seine Fähigkeiten und Interessen entwickeln können. Dafür stehen wir – von der kostenlosen Kinderbildung über die gemeinsame Schule bis zur Lehre, zum Studium und zum lebensbegleitenden Lernen.

1. Unser Ziel: Ganztags – Ganzjährig – Gratis.

Mit dem Recht auf Vermittlung eines Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsplatzes ab dem zweiten Geburtstag haben wir einen wichtigen Zwischenschritt erreicht. Unser Ziel bleibt ein kostenloser, ganztägiger und ganzjähriger Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Zusätzlich soll die künftig zuständige Behörde einheitliche Mindeststandards in der Qualität pädagogisch wie personell durch Kontrollen absichern.

2. Für die Kleinsten nur das Beste.

Kinderkrippen und Kindergärten haben einen eigenständigen Bildungsauftrag. Wir wollen kleine Gruppen, mehr pädagogisches Personal und ausreichend Assistenzkräfte. Qualitätsstandards für Kinderschutz, Inklusion und Sprachförderung sollen weiterentwickelt und unter Einbindung von Eltern und Kindern regelmäßig überprüft werden. Teams aus Profis verschiedener pädagogischer Richtungen sollen die Einrichtungen auch mobil unterstützen.

3. Wer mit Kindern arbeitet, hat mehr verdient.

Wer Kinder in ihrer Entwicklung begleitet, braucht Zeit, gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. Wir wollen die Arbeit in Kinderkrippen und Kindergärten, als erste Kinderbildungseinrichtungen, durch bessere Gehälter, ausreichend Vorbereitungszeit und regelmäßige und finanzierte Supervision aufwerten. So wollen wir Fachkräfte im Beruf halten und mehr Menschen dafür gewinnen – auch Männer, denn Bildung und Erziehung dürfen keine Frauensache bleiben.

An Schulen soll zusätzliches Verwaltungs- und Unterstützungspersonal dafür sorgen, dass Lehrkräfte mehr Zeit für Kinder und Jugendliche haben. Dieses Zusatzpersonal soll über die Bildungsdirektion angestellt und vom Bund bezahlt werden.

4. Am besten alle zusammen fördern.

Kinder sollen gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Ihre Schullaufbahn darf nicht schon mit zehn Jahren vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängen. Wir wollen die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und setzen uns für die gesetzlichen Voraussetzungen ein. Die Ganztagsschule mit verschränktem Unterricht wollen wir flächendeckend und kostenlos ausbauen.

Unterrichts-, Lern- und Freizeiteinheiten wechseln sich über den Tag ab. Bewegung und Erholung haben ebenso Platz. Hausaufgaben werden in der Schule erledigt und entfallen zu Hause. So bleibt mehr Familienzeit, ganz ohne Schulstress. Gemeinsam mit den Gemeinden wollen wir Räume, Personal und Ferienbetreuung sicherstellen.

5. Dort wo es schwieriger ist: Noch mehr helfen.

Zusätzliche Landesmittel sollen nach den sozialen Voraussetzungen und dem Unterstützungsbedarf der Schulstandorte vergeben werden. Damit wollen wir Unterstützungspersonal, individuelle Förderung und kostenlose Lernhilfe ausbauen. Beihilfen für Schulmaterialien und Schulveranstaltungen sollen regelmäßig an die Kostenentwicklung angepasst werden. Das gilt genauso für vorschulische Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen.

“Bildung fängt bei den ganz Kleinen an – und damit auch die Chancengerechtigkeit. Ob Eltern arbeiten gehen können, darf nicht davon abhängen, ob Oma und Opa Zeit haben. Verlässliche Kinderbetreuung, stabile Schulen und gute Bedingungen in der Lehre sind der Schlüssel zu fairen Berufschancen und einer gerechten Gesellschaft: Je mehr wir hier investieren, desto besser.“



Benedikt Lentsch
Bildungssprecher

6. Inklusion von Anfang an leben.

Die UN-Behindertenrechtskonvention muss endlich umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben von Anfang an, auch schon in Kinderkrippen und Kindergärten, das Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an Bildung. Inklusion darf keine Kann-Bestimmung sein: Kinder mit und ohne Behinderungen müssen gemeinsam sowie voneinander lernen können und die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, auch bei chronischen Erkrankungen.

7. Schule ist mehr als nur Unterricht.

Wir wollen multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit ausbauen. Wir wollen Schulsozialarbeit in allen Bezirken und auch an kleineren Schulstandorten zugänglich machen. Mobile Teams sollen Kinder, Eltern und Pädagog:innen bei Konflikten, psychischen Belastungen und familiären Schwierigkeiten unterstützen.

8. Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn.

Mehrsprachigkeit ist eine Bereicherung, die wir positiv verstehen und fördern. Deutsch ist die gemeinsame Bildungs- und Unterrichtssprache, die alle Kinder beherrschen müssen, um sich zu verständigen und gemeinsam zu lernen. Dafür müssen alle Kinder die notwendige Unterstützung erhalten, durch gezielte Sprachförderung von der Kinderkrippe über den Kindergarten bis in die Schule – sowohl in Deutsch als auch in der jeweiligen Erstsprache. Denn deren Beherrschung ist die Voraussetzung für den Deutscherwerb.

9. Deutsch lernen auch im Sommer.

Kein Kind soll aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse dauerhaft schlechtere Bildungschancen haben. Wir wollen deshalb eine flächendeckende, qualitätsvolle und verbindliche Sommerdeutschförderung für außerordentliche Schüler:innen sicherstellen. Bestehende Angebote, etwa die bisher von den Tiroler Sozialen Diensten organisierten Sommerdeutschkurse, sollen bedarfsgerecht mit der Sommerschule abgestimmt und weiterentwickelt werden.

Ziel ist es, Sprachdefizite frühzeitig abzubauen, Lernfortschritte über die Sommermonate zu sichern und den erfolgreichen Übergang in den Regelunterricht zu erleichtern. Dafür braucht es entsprechende bundesrechtliche Rahmenbedingungen und eine gesicherte Finanzierung.

10. Schule als Lebens- und Lernraum gestalten.

Wir wollen Gemeinden bei barrierefreien Lern- und Rückzugsräumen, Speisesälen, Bewegungsflächen und digitaler Infrastruktur unterstützen. Beschattung, Begrünung und geeignete Lüftung sollen Schulen klimafit machen. Wir setzen uns für eine kostenlose gesunde Jause, leistbares gesundes Mittagessen und eine tägliche Bewegungseinheit ein.



11. Kinder (mit) an die Macht.

Demokratisches Miteinander beginnt in Kinderkrippe und Kindergarten. Wir wollen politische Bildung und Menschenrechte von Anfang an altersgerecht vermitteln. Kinder und Jugendliche sollen lernen, mitzubestimmen, andere Meinungen zu respektieren und Ausgrenzung entgegenzutreten. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass sie zu mündigen Erwachsenen werden.

12. Digital darf kein Fremdwort sein.

Schulen brauchen funktionierendes WLAN und zeitgemäße digitale Ausstattung. Digitale Bildung darf weder am Einkommen noch an fehlender Unterstützung im Elternhaus scheitern. Wir wollen Medien- und KI-Kompetenz vermitteln und Pädagog:innen gezielt unterstützen und fortbilden: Quellen prüfen, persönliche Daten schützen und Manipulation erkennen. Feste Handy- und Bildschirmfreie Zeiten für Bewegung, gemeinsames Spielen und praktisches Gestalten sollen motorische und soziale Fähigkeiten stärken.

13. Volle Kraft voraus für gute Bedingungen in der Lehre.

Die Lehre ist ein den anderen Ausbildungsformen gegenüber gleichwertiger Bildungsweg. Wer sie beginnt, soll bis zur Abschlussprüfung gut begleitet werden. In Tirol haben wir mit dem Masterplan für Fachberufsschulen und Landesberufsschülerheime rund 200 Millionen Euro an Investitionen in die Zukunft der

Lehre bis 2035 beschlossen. Damit wollen wir moderne Werkstätten, digitale Ausstattung und barrierefreie Räume zum Lernen, Wohnen und für gemeinsame Freizeit schaffen. Gemeinsam mit Schulen, Gemeinden und Betrieben wollen wir Polytechnische Schulen durch praktische Berufsorientierung, Schnuppertage und Kooperationen aufwerten.

14. Mindestens 1.200 Euro für Lehrlinge.

Wir wollen unabhängige Beratung, Lernunterstützung und Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung ausbauen. Gemeinsam mit AMS und Ausbildungsträgern sollen die überbetriebliche Lehrausbildung gestärkt und Übergänge in Betriebe verbessert werden.

Landesförderungen sollen gute Ausbildungsbedingungen unterstützen. Wir setzen uns für ein Mindestlehrlingseinkommen von 1.200 Euro und ein bundesweites Bonus-Malus-System ein, das Ausbildungsbetriebe unterstützt und Betriebe ohne Ausbildungsbeitrag an den Kosten beteiligt.

15. Studieren leistbar machen.

Wir stehen für einen freien und offenen Hochschulzugang ohne Studiengebühren und setzen uns auf Bundesebene für existenzsichernde Studienbeihilfen ein. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir zusätzliche Studienplätze in Medizin, Zahnmedizin und Psychologie schaffen. Über Beteiligungen und Förderungen des Landes wollen wir Fachhochschulangebote und berufsbegleitende Studienmöglichkeiten, wie zum Beispiel Soziale Arbeit, ausbauen.

16. Bildung und Weiterbildung dürfen kein Luxus sein.

Wer einen Bildungsabschluss nachholen, sich weiterbilden oder einen neuen Beruf erlernen möchte, soll diese Chance in jedem Lebensalter haben. Das darf nicht am Geld scheitern. Deshalb wollen wir Eigenkosten für Menschen mit geringem Einkommen senken und Ausbildungsbeihilfen verbessern. Auch der Weg zur Meister- oder Befähigungsprüfung sowie zu nachträglichen Studienabschlüssen, muss leistbar sein, einschließlich der Vorbereitungskurse. Wir wollen hier einen Schwerpunkt bei der Erwachsenenbildung setzen.

Unser Bildungsprogramm:



Demokratie.
Können wir!

Demokratie und Rechtsextremismus.

Weltweit stehen Demokratien und Rechtsstaat unter Druck. Wir wollen in Tirol Programme und Projekte starten, die diesem gefährlichen Trend entgegenwirken. Dazu gehört die Stärkung demokratischer Instrumente ebenso, wie Demokratiebildung und Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus.

1. Medienkompetenz stärken und Desinformation bekämpfen.

Medienkompetenz muss so selbstverständlich werden wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Mit landesweiten Bildungsangeboten für alle Generationen und gezielten Aufklärungskampagnen wollen wir gegen Fake News, Hass im Netz und Desinformation vorgehen. Menschen sollen befähigt werden, Informationen kritisch einzuordnen, Quellen zu überprüfen und gezielte Manipulation zu erkennen. So stärken wir die demokratische Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft.

2. Tiroler Demokratie- und Zusammenhaltsmonitor einführen.

Ein regelmäßiger, wissenschaftlich begleiteter Monitor soll gesellschaftliche Entwicklungen, das Vertrauen in demokratische Institutionen und demokratiefeindliche Tendenzen in Tirol sichtbar machen. Die Ergebnisse sollen frühzeitig Handlungsbedarf aufzeigen und als Grundlage für gezielte Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt dienen.

“Wir sind damit konfrontiert, dass Desinformation und Propaganda gegen unseren Rechtsstaat und die demokratischen Institutionen stärker werden. Das hat das Potenzial, unsere Gesellschaft und ihre demokratischen Prozesse als Ganzes ins Wanken zu bringen. Wir stellen uns dem aktiv entgegen und stärken Medienkompetenz, Extremismusprävention und die Zivilgesellschaft.“



Elisabeth Fleischanderl
Klubobfrau



3. Demokratie stärken und Zivilgesellschaft unterstützen.

Wir wollen ein Tiroler Landesprogramm zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt schaffen. Initiativen und Organisationen, die sich gegen Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung einsetzen, sollen langfristig unterstützt werden. Demokratieförderung muss als dauerhafte öffentliche Aufgabe verankert werden.

4. Demokratiebildung von Anfang an – Demokratie erleben.

Demokratiebildung beginnt bereits in Kinderbildungseinrichtungen: Demokratie lernt man, indem man sie selbst erlebt. Das Land Tirol soll



deshalb die öffentliche Sommerbetreuung ausbauen und ein Sommerprogramm „Demokratie erleben“ schaffen. In einer Art Kinderstadt können Kinder demokratische Prozesse hautnah erfahren, eine eigene politische Vertretung wählen, gemeinsam Regeln beschließen und ihr eigenes gesellschaftliches System gestalten. So werden Mitbestimmung, Verantwortung und demokratische Grundwerte spielerisch und praxisnah vermittelt.

5. Jugendlandtag verbindlich einbinden.

Der Tiroler Jugendlandtag ist ein wichtiger Beitrag zur politischen Mitbestimmung junger Menschen. Damit die eingebrachten Ideen und beschlossenen Anträge nicht in der Schublade verschwinden, soll alle zwei Jahre ein Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand, bereits gesetzte Schritte und geplante Maßnahmen veröffentlicht werden. So wird sichergestellt, dass die Anliegen junger Menschen ernst genommen werden und politische Beteiligung sichtbar Wirkung zeigt.

6. Tirol ist Teil Europas – und Europa ist Teil Tirols.

Das Land Tirol soll den europäischen Gedanken stärken und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen weiter ausbauen. Durch Informationsveranstaltungen, grenzüberschreitende Projekte und den gesellschaftlichen Austausch sollen alle Tiroler:innen für die Bedeutung Europas, gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte sowie die Chancen der europäischen Zusammenarbeit sensibilisiert werden. Ziel ist es, Tirols Verbundenheit mit Europa sichtbar zu machen und die aktive Mitgestaltung Europas durch die Tiroler Bevölkerung zu fördern.



Frauen und Gleichstellung.
Können wir!

Frauen und Gleichstellung.

Frauen müssen selbstbestimmt, finanziell unabhängig und frei von Gewalt und unterdrückerischen, stereotypen Rollenbildern leben können. Wir stehen für gleichen Lohn, eine gerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit und die Hälfte der Macht in Politik und Wirtschaft. Mit zusätzlichen Frauenhausplätzen und dem Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen an öffentlichen Krankenhäusern haben wir wichtige Schritte gesetzt. Unser Ziel bleibt tatsächliche Gleichstellung – in allen Lebensbereichen und in ganz Tirol.

1. Schutz vor Gewalt hat allerhöchste Priorität.

Mit zusätzlichen Frauenhausplätzen haben wir das Schutzangebot in Tirol ausgebaut. Unser Anspruch bleibt: Jede Frau, die von Gewalt betroffen ist, muss sofort Schutz finden – unabhängig von Wohnort und Einkommen. Dafür wollen wir ausreichend Plätze in allen Regionen schaffen und Gewaltschutzeinrichtungen mehrjährig und an die Kostenentwicklung angepasst finanzieren. Hilfe muss barrierefrei und mehrsprachig zugänglich sein.

2. Alle zusammen: Gewalt verhindern, bevor sie entsteht.

Frauen müssen ohne Gewalt, Einschüchterung und Kontrolle leben können. Wir wollen gewaltpräventive Männerberatung und Täterarbeit ausbauen und langfristig finanzieren. Männer müssen Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen. Die Angebote sollen männliche Machtansprüche und starre Rollenbilder hinterfragen und gleichberechtigte Beziehungen fördern. Prävention muss bereits in Bildungseinrichtungen beginnen. Männerarbeit und Gewaltschutzeinrichtungen sollen eng zusammenarbeiten.

3. Wohnungen für Frauen, die vor Gewalt flüchten.

Keine Frau darf aus Wohnungsnot in einer gewalttätigen Beziehung bleiben oder zu einem gewalttätigen Partner zurückgehen müssen. Nach dem Frauenhaus muss der Weg in eine eigene, leistbare Wohnung offenstehen. Gemeinsam mit Gemeinden und sozialen Einrichtungen wollen wir Übergangswohnungen, geschützte Wohnangebote und aufsuchende Beratung ausbauen. Damit müssen auch Frauen erreicht werden, die bei Bekannten unterkommen oder aus Wohnungsnot in Abhängigkeiten geraten.

4. Frauengesundheit ist mehr als Geburtshilfe.

Frauen haben Anspruch auf eine Gesundheitsversorgung, die ihre Beschwerden ernst nimmt und geschlechtsspezifische Unterschiede bei Diagnose und Behandlung berücksichtigt. Wir wollen Gendermedizin in Versorgung und Fortbildung verankern und ein feministisches Frauengesundheitszentrum mit Angeboten in den Regionen schaffen und langfristig finanzieren. An den Bezirkskrankenhäusern soll es Anlaufstellen für Frauengesundheit geben. Endometriose, Wechseljahresgesundheit und psychische Belastungen müssen stärker berücksichtigt werden. Ein eigener Frauengesundheitsbericht alle zwei Jahre soll Versorgungslücken und Fortschritte sichtbar machen.

5. Selbstbestimmung darf keine Geldfrage sein.

Wir haben das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen in Tirol erstmals an einem öffentlichen Krankenhaus umgesetzt. Unser Ziel bleibt der kostenlose Schwangerschaftsabbruch als selbstverständlicher Teil der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Einkommen und Wohnort dürfen nicht darüber entscheiden, ob Frauen dieses Recht wahrnehmen können. Wir wollen ein regional erreichbares Angebot, freie Entscheidung ohne Bevormundung und Zugang zu ergebnisoffener Beratung und Nachsorge. Auch Hebammenbegleitung und psychosoziale Unterstützung rund um Schwangerschaft und Geburt müssen ausgebaut werden.

6. Menstruation enttabuisieren und Periodenarmut beenden.

Wir wollen kostenlose Menstruationsprodukte in Schulen, Jugendzentren und öffentlichen Einrichtungen des Landes bereitstellen und Gemeinden bei entsprechenden Angeboten unterstützen. Menstruation darf kein Tabu sein. Informationen über Menstruation und Beschwerden müssen selbstverständlich zugänglich sein.

7. Frauen in allen Lebenslagen stärken.

Jede Frau muss ihr Leben selbst gestalten können und bei Bedarf Zugang zu unabhängiger Beratung haben. Frauen- und Mädchenbera-

Frauen und Gleichstellung.

tungsstellen sollen in allen Bezirken erreichbar und durch mehrjährige Förderverträge abgesichert sein. Alleinerziehende, ältere Frauen, Frauen mit Behinderungen, armutsbetroffene Frauen sowie Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung brauchen Angebote, die ihre Lebenssituation berücksichtigen. Dazu gehören barrierefreie und mehrsprachige Beratung sowie mobile Angebote im ländlichen Raum.

8. Halbe-Halbe bei Betreuung, Pflege und Haushalt verwirklichen.

Unbezahlte Arbeit darf nicht selbstverständlich Frauensache sein. Kinderbetreuung, Pflege und Hausarbeit müssen gerecht zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Ganztägige, ganzjährige und kostenlose Kinderbildung sowie bedarfsgerechte Pflegeangebote schaffen dafür wichtige Voraussetzungen. Mit einem Tiroler Pilotprojekt zur geteilten Karenz wollen wir mehr Väter für die Übernahme von Betreuung gewinnen und gemeinsam mit Betrieben die Voraussetzungen dafür schaffen. Das Land und seine Unternehmen sollen als Arbeitgeber:innen vorangehen.

9. Frei und sicher unterwegs sein.

Frauen müssen sich überall frei und sicher bewegen können – auf dem Weg zur Arbeit, beim Sport, beim Feiern und auf dem Heimweg. Gemeinsam mit Gemeinden und Verkehrsunternehmen wollen wir Geh- und Radwege, Haltestellen und öffentliche Räume sicher gestalten. Gute Beleuchtung, sichere Wartebereiche und leistbare Heimfahrmöglichkeiten wie Frauennachttaxis gehören dazu.



10. Halbe-Halbe in Politik und Führungspositionen erreichen.

Frauen steht die Hälfte der Macht zu. Wir wollen die vom Land zu besetzenden Gremien, Aufsichtsräte und Beiräte paritätisch besetzen und mindestens 50 Prozent Frauen in Führungspositionen landesnaher Unternehmen erreichen. Politische Beteiligung muss auch mit Betreuungs- und Pflegeaufgaben vereinbar sein. Familienfreundliche Sitzungszeiten und Unterstützung bei der Betreuung sollen politische Beteiligung auch bei Betreuungs- und Pflegeaufgaben ermöglichen.

11. Gleichen Lohn und gleiche berufliche Chancen durchsetzen.

Gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden. Mit einem Tiroler Lohntransparenzprojekt wollen wir Unterschiede bei Bezahlung und Aufstieg sichtbar machen und gemeinsam mit Betrieben beseitigen. Land und landesnahe Unternehmen müssen mit nachvollziehbaren Gehaltsstrukturen, Einkommensberichten und konkreten Gleichstellungszielen vorangehen. Bei Landesförderungen wollen wir betriebliche Frauenfördermaßnahmen als Voraussetzung verankern und bei öffentlichen Aufträgen die rechtlichen Möglichkeiten für Gleichstellungskriterien nutzen. Betriebe sollen bei der Umsetzung beraten werden.

12. Frauen als Expertinnen sichtbar machen.

Frauen müssen öffentliche Debatten und Entscheidungen gleichberechtigt mitprägen. Wir wollen einen Tiroler Expertinnenpool aufbauen, der unterschiedliche Fachgebiete und Regionen abbildet und

“Die Tiroler Frauen leisten neben ihren Jobs enorm viel unbezahlte Familienarbeit. Diese Arbeit muss gerechter zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Wir wollen, dass Frauen finanziell unabhängig sind, beruflich weiterkommen und in allen Lebenslagen selbstbestimmt und frei von Gewalt leben können.“



Eva Pawlata
Landesrätin für Frauen und Gleichstellung

bestehende Verzeichnisse einbindet. Land, Gemeinden und Veranstalter sollen ihn für die Besetzung von Podien, Jurys und Beiräten nutzen. Den Tiroler Frauenpreis und die Frauenenquete wollen wir fortführen und weiterentwickeln.

13. Sexismus und Diskriminierung bekämpfen.

Frauen müssen im Alltag, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum frei von Sexismus und sexueller Belästigung leben können. Wir wollen eine Tiroler Antidiskriminierungsstrategie mit konkreten Maßnahmen umsetzen, unabhängige Beratung für Betroffene ausbauen und Beschwerdemöglichkeiten leichter zugänglich machen. Gemeinden, Betriebe, Schulen und Vereine sollen bei Prävention und beim Umgang mit Vorfällen unterstützt werden.

14. Gleichstellung im Landesbudget wirksam machen.

Öffentliche Mittel müssen dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen. Frauenpolitik ist deshalb Aufgabe jedes Ressorts. Wir wollen Gender Budgeting konsequent umsetzen: Bei Ausgaben und Förderungen muss geprüft werden, wie sie Frauen und Männern zugutekommen und ob sie bestehende Ungleichheiten verringern. Jedes Ressort soll konkrete Gleichstellungsziele festlegen und über deren Umsetzung berichten.





Gemeinden.
Können wir!

Gemeinden.

Unsere Gemeinden sind der Ort, an dem Zusammenhalt jeden Tag gelebt wird. Hier entscheidet sich, ob Kinder gut betreut werden, Wohnen leistbar bleibt und öffentliche Angebote für alle nutzbar oder erreichbar sind. Dafür brauchen Gemeinden ausreichend Geld und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen starke Gemeinden, die aktiv gestalten können und niemanden zurücklassen. Gute Daseinsvorsorge darf nicht von der Finanzkraft des Wohnorts abhängen. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Tirol.

Faire Gemeindefinanzen

1. Klare Rechnung, gute Freunde.

Der Fleckerlteppich an Zuständigkeiten muss entflochten werden. Wir wollen die Kompetenzen zwischen Land und Gemeinden klar abgrenzen und eindeutig und transparent regeln, wer für welche Aufgaben zuständig ist und wer die Kosten dafür trägt.

2. Gemeindeausgleichsfonds gerechter gestalten.

Wir wollen die Mittel des Gemeindeausgleichsfonds (GAF) nach transparenten Kriterien direkt an die Gemeinden verteilen und finanzkraftabhängige Förderungen schaffen. Finanzschwache Gemeinden sollen stärker unterstützt werden.



3. Gemeindeinvestitionsfonds ausbauen.

Der Gemeindeinvestitionsfonds (GIF) soll langfristig abgesichert und finanziell aufgestockt werden, damit Gemeinden auch, nach klaren und transparenten Kriterien, künftig in Schulen, Kinderbetreuung, Pflege und öffentliche Infrastruktur investieren können.

4. Sozialleistungen fairer aufteilen.

Wir wollen den bestehenden Sozialpakt evaluieren und bei Bedarf neu verhandeln, um die Finanzierung sozialer Leistungen fair und langfristig zwischen Land und Gemeinden aufzuteilen.

5. Kommunale Infrastrukturprogramme stärken.

Bestehende Investitionsprogramme für Gemeinden sollen fortgeführt und ausgebaut werden, damit notwendige Sanierungen und neue Infrastrukturprojekte auch bei knappen Gemeindebudgets umgesetzt werden können.

6. Grundsteuer an die heutigen Verhältnisse anpassen.

Wir wollen auf Bundesebene die Bemessungsgrundlagen der Grundsteuer A und B reformieren und regelmäßig anpassen, um die Einnahmen der Gemeinden langfristig abzusichern.

7. Kommunale Gebührenbremse samt Gegenfinanzierung.

Die Teuerung ist für die Menschen in Tirol Herausforderung genug. Bei Gemeindegebühren muss man mit sehr viel Fingerspitzengefühl vorgehen. Wir favorisieren eine Gebührenbremse der Gemeinden und eine Gegenfinanzierung der Einnahmeausfälle durch andere Gebietskörperschaften.

Lebenswerte Gemeinden

8. Bus und Bahn kommen überall hin.

Wir wollen einen landesweiten ÖV-Standard für die öffentliche Verkehrsanbindung schaffen, damit alle Gemeinden über ein verlässliches und bedarfsgerechtes Angebot verfügen.

9. Schluss mit dem Schwimmbadzittern.

Wir wollen die Landesförderung für den Erhalt, die Sanierung und den Neubau öffentlicher Bäder dauerhaft sichern, damit Schwimmenlernen, Sport und Freizeit in allen Regionen möglich und leistbar bleiben.

10. Leistbar Wohnen muss überall gehen.

Jede Tiroler Gemeinde soll über ein verbindliches Mindestangebot an leistbarem Wohnraum verfügen. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Gemeinden bedarfsgerechte Vorgaben für den geförderten Wohnbau festlegen und deren Umsetzung gezielt unterstützen.

11. Schluss dem Spekulantentum.

Wir wollen Gemeinden beim Erwerb und bei der Mobilisierung von Bauland unterstützen und ihnen wirksame Instrumente gegen Bodenspekulation und Baulandhortung zur Verfügung stellen.

12. Unser Ziel: Ein Geschäft in jedem Dorf.

Wo private Nahversorger fehlen, sollen Gemeinden selbst Geschäfte betreiben oder gemeinschaftliche Modelle unterstützen können. Das Land soll dafür Anschubfinanzierungen, Beratung und betriebswirtschaftliche Begleitung bereitstellen.

13. Gleichbehandlung in allen Gemeinden stärken.

Wir wollen sicherstellen, dass alle Gemeinden Zugang zu unabhängiger Gleichbehandlungsberatung haben und geeignete Ansprechpersonen für Diskriminierung und Gleichstellungsfragen benennen.

14. Interkommunale Zusammenarbeit statt Doppel- und Dreifachstrukturen.

Wir wollen die gemeinsame Organisation von Dienstleistungen, Infrastruktur und Verwaltung über Gemeindegrenzen hinweg stärker fördern, um Kosten zu senken und

“Stabile Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Das fängt beim Geld an und geht bis zu lebendigen Ortskernen und einem aktiven Vereinsleben. Gerade beim Wohnen müssen die Gemeinden das Heft in der Hand haben. Denn Grund und Boden sind zum Wohnen da – nicht zum Spekulieren.“



Elisabeth Blanik
Gemeindesprecherin



die Qualität öffentlicher Angebote zu verbessern. Das gilt insbesondere auch in der Kinderbetreuung, wo gute, gemeindeübergreifende Lösungen das Angebot verbessern könnten.

15. Gemeinden bei Großprojekten entlasten.

Zentrale Verfahrenskoordinator:innen sollen Gemeinden bei komplexen Bau- und Infrastrukturprojekten unterstützen, Genehmigungsverfahren

besser aufeinander abstimmen und unnötige Verzögerungen vermeiden.

16. Den Behördenweg so einfach wie möglich machen.

Wir wollen Behördenwege digitalisieren, Verfahren beschleunigen und zentrale Anlaufstellen nach dem One-Stop-Shop-Prinzip ausbauen. Daten sollen möglichst nur einmal angegeben werden müssen. Gleichzeitig muss der persönliche und analoge Zugang zu öffentlichen Leistungen erhalten bleiben.

17. Ortskerne beleben und Leerstand aktivieren.

Die Tiroler Dorferneuerung soll weiter gestärkt und die Revitalisierung leerstehender Gebäude gezielt gefördert werden. Regionale Leerstandsmanager:innen sollen Gemeinden und Eigentümer:innen bei der Entwicklung neuer Nutzungsmöglichkeiten unterstützen. So entstehen neuer Wohnraum, Geschäftsflächen und Orte der Begegnung, ohne zusätzliche Flächen zu verbauen.



Gesundheit und Pflege.
Können wir!

Gesundheit.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Wir stehen für ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem, das allen Menschen eine hochwertige Versorgung garantiert. Die Qualität der Behandlung darf nicht vom Geldbörserl abhängen. Deshalb wollen wir Selbstbehalte für medizinische Leistungen und Rezeptgebühren flächendeckend abschaffen. Gute Gesundheitsversorgung nimmt den ganzen Menschen in den Blick: sein körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Dazu gehört, Sozialarbeit als festen Bestandteil der Versorgung zu verankern und die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken. Alle Menschen sollen Informationen verstehen und selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Eine gute Gesundheitsversorgung muss für alle Tiroler:innen erreichbar sein: deshalb sprechen wir uns für den Erhalt der Bezirkskrankenhäuser und regionalen Gesundheitsangebote aus. Der Wohnort darf nicht über die Gesundheitsversorgung bestimmen. Reformen sollen zur Entlastung des Systems dienen, aber nicht zur Verschlechterung der Versorgung führen.

1. Maßnahmen gegen Ärzt:innenmangel.

Wir stehen für eine qualitätsvolle und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in allen Regionen Tirols. Kein Zwei-Klassen-System, sondern eine erstklassige Gesundheitsversorgung. Dazu braucht es Anreizsysteme wie Stipendienmodelle, die es bereits in Tirol gibt, um junge Menschen zu motivieren im öffentlichen Gesundheitssystem als Kassenärzt:innen zu arbeiten.

Diese Modelle müssen auf mehr Studienrichtungen (Psychotherapie, Humanmedizin, Kinder- und Jugendmedizin, Gynäkologie, Zahnmedizin) ausgeweitet werden, auch auf die Berufsgruppen der Hebammen und Pflegekräfte.

Wer ein Stipendium in Anspruch nimmt, verpflichtet sich mindestens fünf Jahre nach Abschluss des Studiums im öffentlichen Gesundheitssystem zu arbeiten. Die Österreichische Gesundheitskasse muss den Kassenarztstellenplan überarbeiten, um mehr Facharztstellen zu planen und dann zu besetzen.

2. Mehr Zahnärzt:innen am Land.

Immer weniger Zahnärzt:innen arbeiten mit Kassenvertrag. Stipendienmodelle mit entsprechenden Verpflichtungen können dazu beitragen, die Versorgung zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit der Zahnärztekammer und den Sozialversicherungsträgern Konzepte für zahnmedizinische Angebote in unterversorgten Regionen Tirols entwickeln.

3. Medikamente in der Nähe verfügbar machen.

Wir setzen auf die Sicherstellung einer flächendeckenden und wohnortnahen Medikamentenversorgung in ganz Tirol. Hausapotheken sollen erhalten bleiben, vor allem dort wo Filialapotheken Mangelware sind.

4. Mehr Telemedizin als erste Ebene.

Nicht alles kann digital stattfinden, Patient:innen brauchen auch in Zukunft Anlaufstellen für eine gute Gesundheitsberatung und -versorgung. Aber E-Health kann erste Klarheit über Symptome geben und die Patient:innen an die richtige Adresse schicken. Deshalb muss Telemedizin, wie die Hotline 1450 in Tirol, forciert und ausgebaut werden – für eine gute Patient:innenlenkung. E-Medikation soll weiterhin forciert werden.

5. Mentale Gesundheit in die Mitte.

Psychische Gesundheit darf kein Luxus sein. Wir fordern als Kassenleistung die ersten zehn Therapiestunden für alle, die sich in einer psychosozialen Krise befinden. In einer Krise brauchen die Menschen sofort Unterstützung und können nicht ewig auf einen Therapieplatz warten, hierfür muss ein Kontingent bereitgestellt werden, um den Menschen schnell und unkompliziert zu helfen.

Wir arbeiten am Ausbau der ambulanten psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Mit dem sogenannten Home-Treatment werden Kinder und Jugendliche zuhause betreut und begleitet. Die zur Verfügung gestellten Plätze in Tirol sollen in den nächsten Jahren ausgebaut werden, dazu müssen wir auch die ÖGK verpflichten.

Das Erfolgsprojekt Psychosozialer Krisendienst muss langfristig von Bund und Land finanziell abgesichert und ein Teil der Regelversorgung werden.

6. Prävention, Prävention, Prävention.

Präventionsangebote über alle Lebensphasen sind unser Ziel. Einkommen, Bildungsgrad und Arbeitsbedingungen beeinflussen die

Gesundheit der Tiroler:innen. Deshalb müssen wir die Gesundheitsförderung in den Fokus stellen.

Gesundheitsförderung in Bildungseinrichtungen muss ausgebaut werden. Von klein auf sollen Kinder lernen, auf ihren Körper zu hören und wie sie ein gesundes Leben führen können – das wirkt präventiv bis ins Alter. Im Alter muss ein spezieller Fokus auf die Sturz- und Osteoporoseprophylaxe gelegt werden. Wir setzen uns ebenso für die Etablierung von Gesundheitstagen in allen Tiroler Regionen ein.

7. Frauen medizinisch gleich gut behandeln.

Es benötigt einen geschlechterspezifischen Zugang in der Behandlung und Prävention. Es darf nicht sein, dass Frauen mit gesundheitlichen Problemen weniger ernst genommen werden oder in Akutsituationen, wo es um lebensrettende Maßnahmen wie eine Herzdruckmassage geht, benachteiligt werden, weil in der Ausbildung darauf nicht Rücksicht genommen wurde.

In allen Ausbildungen im Gesundheitsbereich braucht es einen geschlechterspezifischen Schwerpunkt, diese Fortbildungen können gemeinsam mit dem Frauengesundheitszentrum erfolgen. Die Tiroler Frauengesundheitsstrategie soll weiterhin konsequent umgesetzt werden. Ebenso fordern wir ein Primärversorgungszentrum spezialisiert auf Frauengesundheit.



8. Kinderwunsch für alle leistbar machen.

Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Tiroler In-Vitro-Fertilisations-Fonds, um Frauen und Paare mit Kinderwunsch finanziell zu unterstützen. Eine Kinderwunschbehandlung darf nicht daran scheitern, dass die Kosten für Betroffene eine unüberwindbare finanzielle Belastung darstellen. Der Tiroler IVF-Fonds soll dort ergänzend unterstützen, wo die bestehende öffentliche Förderung nicht ausreicht, und insbesondere Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen den Zugang zu Kinderwunschbehandlungen erleichtern.

9. Mehr Ärzt:innenzentren fördern.

Tirol hinkt in der Umsetzung von Primärversorgungseinheiten hinterher, erst in den letzten Jahren kam Bewegung in die Sache und Tirol verfügt nun über die ersten PVE. Wir wollen die ÖGK und die Ärztekammer in die Pflicht nehmen, da das Land nur begrenzt Möglichkeiten hat, im Alleingang hier zur Umsetzung zu kommen. Ziel ist, dass jede Tirolerin und jeder Tiroler innerhalb von 15 Minuten eine Primärversorgungeinheit erreicht. Es ist auch auf spezialisierte Primärversorgungseinheiten Rücksicht zu nehmen, wie zum Beispiel für Kinder.

10. Impfungen erster Klasse für alle.

Impfangebote müssen dauerhaft und verlässlich verfügbar sein. Dafür wollen wir eine klare Impfstrategie für Tirol. Alle im Impfplan empfohlenen Impfungen für Kinder sollen kostenlos sein. Das Land soll Informationskampagnen ausweiten und verständlich über Impfungen aufklären, um die Impfquote zu erhöhen.



11. Altern in Würde stärken.

Wir wollen die Altersmedizin forcieren, um Selbstständigkeit und Lebensqualität von älteren Menschen zu stärken. Die geriatrische Versorgung in Tirol muss weiter ausgebaut werden. Es braucht mehr akutgeriatrische Plätze, denn jede und jeder hat ein Altern in Würde verdient.

12. Bis zuletzt gut betreut.

Die SPÖ Tirol hat in der Regierung den Forschungsschwerpunkt Palliativversorgung in das Regierungsprogramm verhandelt, dieser wurde umgesetzt und war ein wichtiger Schritt. Der Ausbau darf aber hier nicht enden. Jedem Menschen soll ein würdevolles und schmerzfreies Sterben möglich sein. Dazu braucht es ein gut ausgebautes Netz an Pallia-

tivversorgung in Tirol, Selbstbestimmung muss bis zum Lebensende immer im Vordergrund stehen.

13. Tirol muss Pharmazentrum bleiben.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, um Pharmakonzerne in Tirol zu halten und die Medikamentenproduktion abzusichern. Gezielte Förderungen für die Erforschung von neuen Medikamenten sollen die Versorgungssicherheit zusätzlich gewährleisten.

14. Peer-Beratung im Sozialbetreuungsberufegesetz aufnehmen.

Peer-Beratung ist eine Beratung von Menschen für Menschen, die ähnliche Erfahrungen oder Lebenssituationen teilen – ein Austausch auf Augenhöhe. Bis jetzt ist diese Berufsgruppe noch nicht gesetzlich in Tirol verankert, ist aber ein wichtiger Teil unserer Gesundheitsversorgung. Deshalb soll eine rechtliche Absicherung geprüft und umgesetzt werden.

15. Schwangerschaftsabbruch niederschwelliger ermöglichen.

Die SPÖ Tirol hat in Regierungsbeteiligung einen Meilenstein in der Frauenpolitik erreicht: Das Angebot eines Schwangerschaftsabbruches wurde ausgebaut und ist nun an einem öffentlichen Krankenhaus möglich. Ein wichtiger und richtiger Schritt. Wir wollen den Härtefallfonds für Schwangerschaftsabbrüche für einkommensschwache Personen erhöhen. Die Kosten für einen Abbruch sind immens hoch. Das Ziel bleibt: Schwangerschaftsabbrüche als Kassenleistung und in allen öffentlichen Krankenhäusern in allen Regionen Tirols.

Pflege.

Wir wollen würdevolles Altern ermöglichen und eine verlässliche Pflege in allen Lebensphasen sicherstellen. Pflege ist eine öffentliche Aufgabe und muss öffentlich finanziert werden. Wer Unterstützung braucht, muss sich auf eine hochwertige Versorgung verlassen können – unabhängig von Einkommen und Wohnort. Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen: ausreichend Personal, faire Bezahlung, verlässliche Dienstpläne und echte Wertschätzung für die Beschäftigten. Den Strukturplan Pflege Tirol wollen wir konsequent umsetzen und die notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellen.

1. Pflege ist keine Privatsache.

Pflege ist die Aufgabe unseres öffentlichen Gesundheitssystems. Deshalb stellen wir uns gegen jegliche Auslagerung von pflegerischen Tätigkeiten in den privaten Bereich, wo der Profit mehr zählt als die Pflege und Betreuung von älteren Menschen.

2. Auszubildende Pfleger:innen wie Polizist:innen bezahlen.

7.000 zusätzliche Pflegekräfte braucht Tirol bis 2050. Um Menschen für den Beruf zu gewinnen, braucht es eine gute Ausbildung. Und die Möglichkeit, sich ohne finanzielle Sorgen voll und ganz auf die Ausbildung konzentrieren zu können. Deshalb müssen alle Praktika im Pflegebereich bezahlt werden und ein Ausbildungsgehalt auf Höhe des Gehaltes der Polizeischüler:innen etabliert werden.

3. Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Ob Land Tirol, Gemeinde, privater oder konfessioneller Träger: Gleichwertige Arbeit in Pflegeeinrichtungen muss gleich bezahlt werden. Trotz bisheriger Maßnahmen des Landes bestehen weiterhin ungerechtfertigte Gehaltsunterschiede. Diese wollen wir beseitigen.

4. Weil ein Klatschen nicht reicht.

Besonders wichtig sind bessere Arbeitsbedingungen und eine Ausbildungsoffensive für mehr Pflegepersonal. Viele Pflegekräfte verlassen den Beruf nach einigen Jahren, weil der Beruf physisch und psychisch extrem belastend sein kann. Deshalb fordern wir eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine zusätzliche Erholungswoche für Pflegekräfte.

Die Pflegeausbildung muss kostenlos sein: Wir fordern die Streichung der Fachhochschulbeiträge für die Ausbildung von Pflegepersonal. Zur Entlastung des Pflegepersonals braucht es zusätzliche administrative Mitarbeiter:innen und regelmäßige Supervision für das Personal.

Führungskräfte müssen gezielt unterstützt und geschult werden und ihnen ein breites Weiterbildungsangebot zur Verfügung stehen.

Es braucht eine Offensive für Betriebskindergärten, angedockt an Pflegeeinrichtungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Im Pflegebereich muss der Personalschlüssel den tatsächlichen Anforderungen gerecht werden. Es sollen alle Pflegepersonen in einem gesicherten Rahmen zeitgemäße Pflege leisten können, damit sie sich auch an den Bedürfnissen der Patient:innen orientieren können.

5. Ein Paket für pflegende Angehörige.

In Tirol werden immer noch 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt. Dies ist eine große Belastung für Angehörige. Jahrhunderte lang haben hauptsächlich Frauen im häuslichen Umfeld die Pflege übernommen – kostenlos und auch oft ohne tatsächliche Wahl.

Die Gesellschaft hat sich geändert und die institutionelle und professionelle Pflege hat mehr Bedeutung bekommen. Trotzdem wird der Großteil noch zuhause gepflegt. Für diese Angehörigen braucht es ein Entlastungs- und Unterstützungspaket:

- Wöchentlich einen halben Tag freigestellt und entlastet werden und ein Kostenbeitrag für eine zweiwöchige Auszeit einmal im Jahr. In dieser Zeit soll die Ersatzpflegekraft kostenlos bereitgestellt werden.
- Das Angebot der Tagespflege in ganz Tirol ausbauen und die Transportmittel zur Tagespflege für die pflegebedürftige Person verbessern.
- Kurzzeitpflege muss ausgebaut und finanziell besser unterstützt werden. Dieses Angebot darf nicht von der Geldbörse abhängig sein.
- Grundsätzlich steht die SPÖ dafür, dass jeder pflegebedürftigen Person eine stationäre oder mobile professionelle Betreuung zur Verfügung stehen muss.

6. Pflege unterwegs.

Um pflegebedürftigen Menschen eine Betreuung zuhause zu ermöglichen, muss das Angebot der Mobilen Pflege ausgeweitet werden. Dazu braucht es Nacht- und Wochenendangebote.

Oft wird diese Nachfrage aktuell über private Einrichtungen der 24h-Betreuung abgedeckt. Hier gibt es kaum Kontrollmechanismen, viele Personen in diesem Bereich arbeiten unter prekären Bedingungen. Deshalb fordern wir striktere arbeitsrechtliche Kontrollen von Einrichtungen, die 24h-Betreuung anbieten. Dazu braucht es verständliche Verträge zum Schutz der Arbeitnehmer:innen, zugängliche Beschwerdewege und unabhängige Beratung für Betroffene und für die Betreuungskräfte. Das Ziel ist die Ausweitung eines Angebotes für eine 24h-Betreuung aus öffentlicher Hand.

7. Pflege-Anlaufstellen bekannter machen.

Mit dem Ausbau des Case- und Caremanagements in allen Tiroler Bezirken wurden Anlaufstellen zu Pflegefragen geschaffen. Diese kostenfreien Anlaufstellen müssen mit einer Informationskampagne noch bekannter gemacht werden. Außerdem braucht es eine wohnortnahe Beratung für pflegende Angehörige in allen Regionen Tirols. Nicht nur Anlaufstellen, sondern auch Informationsgespräche für Zuhause. In Tirol sollen präventive Informationsgespräche für Senior:innen ab 75 Jahren weiterhin forciert werden, um Senior:innen ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und die Erhaltung der Mobilität und die Stärkung der kognitiven Fähigkeiten zu erreichen.

8. Alternative Wohnformen im Alter forcieren.

Wenn aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen das selbstständige Wohnen für Senior:innen nicht mehr möglich oder gewünscht ist, gibt es Alternativen, die über das Angebot von Alters- und Pflegeheimen hinaus-

“Die E-Card und nicht die Kreditkarte soll für den Arztbesuch reichen. Und wer am Land lebt, muss genauso gut versorgt sein wie in der Stadt. Wer Pflege braucht, muss sich auf gute und leistbare Angebote verlassen können. Deshalb setzen wir auf eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung, in der auch Leistungen wie Impfungen oder Kinderwunschbehandlungen für alle leistbar sind. Denn Gesundheit ist ein Recht und kein Privileg.“



Claudia Hagsteiner
Pflegesprecherin

gehen. Es haben sich verschiedene Wohnformen etabliert, die mit umfassenden Unterstützungsleistungen verknüpft sind und Angebote zur sozialen Einbindung enthalten.

9. Auch manche Junge brauchen Pflege.

Wer an pflegebedürftige Menschen denkt, hat oft Bilder von Senior:innen im Kopf. Aber es gibt auch viele jüngere Menschen, die auf Pflege und Hilfe angewiesen sind. Während in der Altenpflege die Menschen eher das Ende ihres Lebens in Heimen verbringen, stehen junge Pflegebedürftige oft mitten im Leben und brauchen auch eine spezialisierte Pflege. Wohngemeinschaften oder Wohngruppen können hier die Lösung sein, wo ein selbstbestimmtes und nach Möglichkeiten selbstständiges Leben ermöglicht wird.

10. Demenzbegleitung in Tirol stärken.

Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sollen frühzeitig, wohnortnah und unkompliziert Zugang zu qualifizierter Beratung, Begleitung und Entlastungsangeboten erhalten. Dafür braucht es eine noch bessere Vernetzung von Pflege, Medizin, sozialen Diensten und Angehörigen sowie ausreichend finanzierte und leicht zugängliche Unterstützungsangebote – insbesondere auch außerhalb der Ballungsräume. Um all dies zu erreichen, soll eine eigene Tiroler Demenzstrategie erarbeitet werden.

11. Pfleger:innen dringend gesucht.

Wir wollen innovative Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte ausbauen, die Menschen neue berufliche Perspektiven eröffnen und gleichzeitig dem steigenden Personalbedarf im Pflege- und Betreuungsbereich begegnen. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „MiA – Miteinander im Alltag“ der Tiroler Sozialen Dienste (TSD), das berufsspezifische Deutschkurse, praxisnahe Qualifizierung in der Alltagsbetreuung und individuelle Begleitung beim Berufseinstieg verbindet.

Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung erhalten dadurch Zugang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, während ältere und unterstützungsbedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen im Alltag entlastet werden. Wir wollen solche Projekte langfristig absichern, regional ausweiten und als Einstieg in weiterführende Ausbildungen und reguläre Beschäftigung im Pflege- und Sozialbereich nutzen.



Inklusion.
Können wir!

Inklusion.

Alle Menschen müssen in jedem Alter und in allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilhaben können – beim Lernen, Arbeiten und Wohnen ebenso wie in der Freizeit und im öffentlichen Leben. Menschen mit Behinderungen müssen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dazu gehört, bei Entscheidungen, die sie betreffen, von Anfang an wirksam mitzubestimmen. Gemeinsam mit ihnen und ihren Interessenvertretungen wollen wir jene Hürden überwinden, die ihre gleichberechtigte Teilhabe einschränken – Barrierefreiheit wollen wir auf allen Ebenen umsetzen.

1. Konsequente Umsetzung des TAP (Tiroler Aktionsplan Behinderung).

Inklusion betrifft jedes politische Ressort und alle müssen hier ihrer Verantwortung nachkommen. Mit der Umsetzung des TAP erreichen wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Tirol. Die SPÖ setzt sich auf allen Ebenen für die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein.

2. Gleichstellung im Tiroler Teilhabegesetz.

Menschen mit psychosozialen Behinderungen sollen anderen Menschen mit Behinderungen gleichgestellt werden und Anspruch auf Unterstützung erfahren. Dazu ist es erforderlich, die Leistungen aus dem Tiroler Teilhabegesetz und die dazugehörigen Verordnungen und Richtlinien an deren Bedarfe anzupassen. Damit sollen unter anderem Möglichkeiten zur inklusiven Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden.

“Menschen mit Behinderungen müssen ihr Leben selbstbestimmt gestalten und gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben können. Dafür wollen wir Barrieren abbauen, notwendige Unterstützung sichern und Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen von Anfang an einbeziehen.“



Eva Pawlata
Landesrätin für Inklusion

3. Lohn statt Taschengeld.

Die Arbeit von Menschen mit Behinderungen muss gerecht bezahlt und nicht nur mit einem Taschengeld abgespeist werden. Die Arbeit von Menschen mit Behinderungen darf nicht weniger wert sein. Gleichzeitig müssen die Leistungen, die sie aus dem Tiroler Teilhabegesetz erhalten, abgesichert werden, so dass sie trotz Gehalt keine Leistungskürzungen erfahren.

4. Plus 100 gewidmete Arbeitsplätze für Jugendliche mit Behinderungen.

Die Arbeitswelt muss inklusiver werden und mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen. Vor allem für junge Menschen braucht es mehr Arbeitsplätze, deshalb fordern wir eine Offensive des Landes Tirol für 100 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche mit Behinderungen. Unternehmen, Gemeinden, etc. können für die Schaffung dieser Plätze zusätzliche Fördermittel abholen. Das Land soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen und zusätzliche Plätze im Landesdienst schaffen.

5. „Komm ich überall hin?“

Die Teilhabe ist auch von räumlichen Barrieren abhängig, oft stellt sich die Frage: „Wie komm ich hin? Gibt es barrierefreie Möglichkeiten?“ Diese räumlichen Barrieren müssen schrittweise abgebaut werden. Dazu braucht es einen Mix aus gesetzlichen Verpflichtungen, Anreizen und ausreichend Fördermittel.

6. Barrierefreie Freizeitangebote verbessern.

Teilhabe muss in allen Lebensbereichen ermöglicht werden, auch wenn es um Freizeitangebote geht. In Tirol gibt es bereits tolle barrierefreie Projekte auf dem Berg oder am See. Diese Projekte müssen fortgeführt und ausgebaut werden. Gleichzeitig können Sommercamps für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Verbindung mit einem Reha-Angebot ein gutes neues Freizeitangebot bilden. Dies soll gemeinsam mit Bund und der Österreichischen Gesundheitskasse verhandelt werden.

7. Selbstbestimmt leben.

Die persönliche Assistenz ermöglicht Menschen mit Behinderungen, ihr Leben selbstbestimmt und in den eigenen vier Wänden zu gestalten. Die Einführung und Möglichkeit der



Förderung durch das Land war ein großer Schritt in Richtung mehr Inklusion. Gleichzeitig wissen wir, dass der Bedarf steigt, deshalb müssen wir auch hier in Zukunft das Unterstützungsangebot der persönlichen Assistenz ausbauen.

8. Inklusive Hilfsmittel sind keine Privatsache.

Menschen mit Behinderungen benötigen im Alltag Hilfsmittel, um eine inklusive selbstbestimmte Teilhabe möglich zu machen. Diese Hilfsmittel sind oft mit hohen Kosten verbunden, es gibt bereits finanzielle Unterstützung. Dennoch ist die SPÖ davon überzeugt, dass Teilhabe nicht von den finanziellen Mitteln abhängig sein darf und fordert eine noch stärkere finanzielle Unterstützung für alle Altersgruppen.

9. Einführung eines Familienentlastungsdiensts.

Die Betreuung eines Kindes mit Behinderungen kann die ganze Familie vor Herausforderungen stellen, deshalb ist eine zielgerichtete Unterstützung unerlässlich. Die SPÖ fordert die Einführung eines Familienentlastungsdienstes: Ein mobiler Dienst für Familien mit Kindern mit Behinderungen, um Familien zu Hause durch stundenweise Unterstützungsangebote bis zu vier Stunden pro Woche durch qualifizierte Betreuungspersonen zu entlasten.

10. Kein Absondern in den Schulen.

Inklusion muss überall gelebt werden, vor allem im Bildungssystem. Hier braucht es Reformwillen, um ein inklusives Lernen für alle zu ermöglichen. Wir brauchen tatsächliche Wahlfreiheit und Chancengleichheit. Mit ausreichend Unterstützungspersonal für Lehrpersonal und Schüler:innen und einer durchgängigen Barrierefreiheit. Die SPÖ steht für eine aktive Teilhabe im Schulalltag – gegen Absondern.

Außerdem braucht es verpflichtende Aus- und Weiterbildungskurse für Sonderpädagogik für alle Lehrer:innen, um den Herausforderungen im Klassenzimmer zu begegnen und allen Schüler:innen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.



Kultur.
Können wir!

Kultur.

Wir stehen für die Freiheit der Kunst, faire Bezahlung von Kulturschaffenden und den Zugang zu Kunst und Kultur für alle Tiroler:innen. Wir wollen das Kulturbudget erhöhen, Kulturinitiativen durch mehrjährige Förderverträge absichern und leistbare Räume für Proben, Aufführungen und Ausstellungen schaffen. Kulturförderung muss die unterschiedlichen Kunstformen berücksichtigen und alle Tiroler Regionen erreichen – von der Volkskultur bis zur freien Szene und Subkultur.

1. Mehr Geld für Kulturschaffende.

Wir wollen das Kulturbudget erhöhen und die Fair-Pay-Förderung für angestellte und freischaffende Kulturschaffende ausbauen. Gehälter, Honorare und Förderungen sollen regelmäßig an die Kostenentwicklung angepasst werden. Mehrjahresverträge mit Inflationsanpassung für Kulturinitiativen und kulturelle Einrichtungen ab einer gewissen Größe ermöglichen langfristige Planung und sichern Arbeitsplätze. Durch direkte Förderungen und Stipendien unterstützen wir die Entwicklung neuer künstlerischer Arbeiten.

2. Kleine Kulturinitiativen und Vereine stärken.

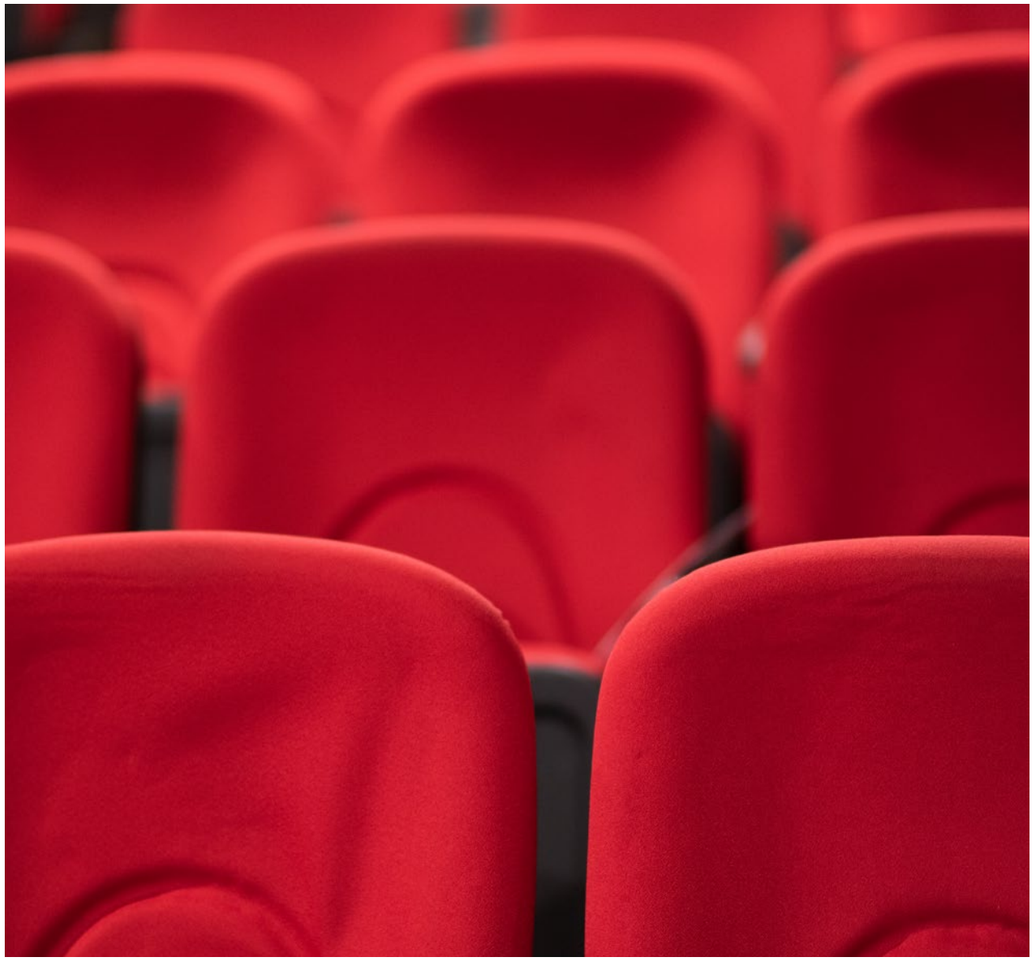
Wir wollen mehr Fördermittel für kleine und ehrenamtlich getragene Kulturinitiativen bereitstellen – besonders im ländlichen Raum. Anträge und Abrechnungen sollen vereinfacht und der Höhe der Förderung angepasst werden. Das Land soll bei der Antragstellung und Abrechnung beraten. Auch Sozialvereine mit kulturellen Angeboten sollen Zugang zu passenden Förderungen erhalten. Kultur muss keinen Gewinn erwirtschaften, um förderwürdig zu sein.

3. Leistbare Räume für Kunst und Kultur schaffen.

Wir wollen gemeinsam mit Gemeinden und Kulturschaffenden erheben, wo Proberäume, Ateliers, Ausstellungsflächen und Veranstaltungsräume fehlen. Darauf aufbauend soll das Land in seiner Kulturstrategie konkrete Maßnahmen zur Bereitstellung dieser Räume festlegen. Leerstehende Gebäude und bestehende öffentliche Räume sollen stärker für Kultur genutzt werden. Wir unterstützen autonome, selbstverwaltete Kulturräume und die Anschaffung der notwendigen Veranstaltungstechnik.

4. Jugendkulturräume in den Regionen schaffen.

Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie ohne Konsumzwang Musik machen, proben und eigene Veranstaltungen organisieren können. Wir wollen Proberäume und kleine Bühnen auch außerhalb Innsbrucks schaffen. Jugendzentren, mobile Jugendarbeit und Einrichtungen sollen bei der Planung einbezogen werden. Räume von Landesmusikschulen wollen wir gemeinsam mit ihren Trägern außerhalb der Unterrichtszeiten für junge Kulturschaffende nutzbar machen und die dafür notwendigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen.





5. Clubkultur und Subkultur fördern.

Clubs, alternative Veranstaltungsorte und selbstorganisierte Kulturinitiativen sollen bei Kulturförderungen und der Vergabe geeigneter Räume berücksichtigt werden. Das gilt für Städte ebenso wie für den ländlichen Raum. Wir wollen Veranstalter:innen bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen Belästigung, Gewalt und Diskriminierung unterstützen.

6. Nicht nur in Innsbruck.

Wir wollen regionale Veranstaltungsreihen, Gastspiele und mobile Kulturangebote fördern, damit mehr Aufführungen, Ausstellungen und Kulturprojekte in den Gemeinden stattfinden. Kunst und Kultur sollen auch auf Dorfplätzen, in Parks und anderen öffentlichen Räumen zugänglich sein. Wir fördern die kulturelle Vielfalt von der Volkskultur bis zur freien Szene und Subkultur in allen Tiroler Regionen.

7. Gemeinden unter die Arme greifen.

Wir wollen die Kulturförderung für Gemeinden erhöhen und gemeinsame Projekte mehrerer Gemeinden unterstützen. Ein Kulturprojekt darf nicht daran scheitern, dass eine finanzschwache Gemeinde den erforderlichen Eigenanteil nicht aufbringen kann. Deshalb wollen wir verpflichtende Kofinanzierungen überprüfen und bei finanzschwachen Gemeinden durch höhere Landesbeiträge reduzieren oder ersetzen.

8. Bei den Kleinsten mit Kultur anfangen.

Wir wollen Theater im Klassenzimmer, Workshops mit Künstler:innen und gemeinsame Projekte mit Musikschulen, Museen und Galerien ausbauen. Das Land soll diese Kooperationen fördern und die Teilnahme unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglichen. Kinder sollen Kunst nicht nur ansehen und anhören, sondern selbst Musik machen, Theater spielen und künstlerisch arbeiten können.

9. Kulturelle Teilhabe für alle sichern.

Wir wollen kostenlose und ermäßigte Kulturangebote ausbauen, damit Menschen unabhängig vom Einkommen daran teilnehmen können. Den Kulturpass wollen wir in den Regionen sowie über Schulen und Jugendeinrichtungen bekannter machen.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht, gleichberechtigt und selbstbestimmt am kulturellen Leben teilzuhaben – als Publikum, als Kulturschaffende und in Entscheidungsgremien. Deshalb unterstützen wir Kultureinrichtungen beim Abbau baulicher, kommunikativer und digitaler Barrieren. Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen sollen an der Gestaltung von Kulturangeboten und Förderbedingungen aktiv mitwirken.

10. Die Kultur ist (auch) weiblich.

Wir wollen Künstlerinnen und feministische Kulturinitiativen gezielt fördern. Fördermittel sollen geschlechtergerecht vergeben und Jurys und

“Kunst und Kultur gehören mitten ins Leben – und nicht nur dorthin, wo man sie sich leisten kann. Wer sich kulturell engagiert, braucht dafür gute Rahmenbedingungen und darf nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Deshalb setzen wir auf leistbare Räume, eine verlässliche Finanzierung unserer Kulturvereine, längere Förderperioden und öffentliche Kulturangebote, die für alle Menschen zugänglich sind.“



Elisabeth Fleischanderl
Klubobfrau

Beiräte paritätisch besetzt werden. Kulturprogramme sollen die gesellschaftliche Vielfalt Tirols widerspiegeln.

11. Nie wieder ist jetzt.

Wir setzen uns für eine aktive Erinnerungskultur ein. Dabei müssen die bereits bestehenden Förderungsstrukturen ausgebaut werden und Geschichtsprojekte, Gedenkveranstaltungen, künstlerische Arbeiten und Kooperationen mit Schulen im Fokus stehen. Digitale Angebote und neue Vermittlungsformen sollen dazu beitragen, dass insbesondere junge Menschen Zugang zur Geschichte finden.

12. Europäischen Austausch stärken.

Wir wollen gemeinsame Veranstaltungen, Gastspiele und Kooperationen zwischen Kulturschaffenden aus Tirol und anderen europäischen Regionen fördern – innerhalb der Europaregion ebenso wie darüber hinaus. So schaffen wir Begegnungen über Grenzen hinweg und stärken den europäischen Zusammenhalt. Kleinere Initiativen sollen bei der Suche nach Projektpartnern und der Beantragung europäischer Fördermittel unterstützt werden.

13. Kulturpolitik zum Mitmachen.

Wir wollen die Kulturbeiräte bei der Weiterentwicklung von Förderrichtlinien und der Umsetzung der Kulturstrategie stärker einbinden. Das Land soll regelmäßig mit Künstler:innen, Kulturinitiativen, Einrichtungen und Gemeinden beraten, wo Förderungen, Räume oder Angebote fehlen. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden und in die weitere Maßnahmenplanung einfließen.



Mobilität und Verkehr.
Können wir!

Mobilität und Verkehr.

Ob zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen oder in der Freizeit: Alle Menschen müssen ihre Ziele sicher und leistbar erreichen können. Dafür brauchen wir gute Verbindungen in ganz Tirol, barrierefreie Öffis und sichere Geh- und Radwege. Das Angebot darf nicht von der Finanzkraft der Wohngemeinde abhängen. Gleichzeitig wollen wir die Bevölkerung vom Transit entlasten.



1. Mehr Öffis fürs ganze Land.

Wir wollen leistbare Tarife und gezielte Ermäßigungen für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit geringem Einkommen absichern. Das Land soll gemeinsam mit dem Verkehrsverbund tirolweite ÖV-Standards für dichte Taktung und bessere Anbindung umsetzen. Dazu gehört eine Ausweitung der Verbindungen am Abend, an Wochenenden und in den Ferien sowie passende Angebote für Beschäftigte im Schichtdienst.

2. Umsteigen, schnell und verlässlich.

Bahn und Bus sollen in festen, leicht merkbaren Takten verkehren und an zentralen Knotenpunkten so aufeinander abgestimmt sein, dass Anschlüsse in alle Richtungen mit kurzen Umsteigezeiten gesichert sind. Die Bahn bildet dabei das Rückgrat des Systems, Regionalbusse erschließen die Regionen und übernehmen die Zubringerfunktion zu den Bahnhöfen.



Wo keine Schienenverbindung besteht, ergänzen überregionale Direktbusse das Netz und machen wichtige Ziele ohne lange Umwege erreichbar. Taktdichte, Fahrplanlage und Kapazitäten werden laufend an Nachfrage und Auslastung angepasst. Auch Tourismusregionen sollen besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Verständliche Fahrgastinformationen sollen über Verbindungen, Verspätungen und alternative Routen informieren.

3. Lücken am Land schließen.

Wo regelmäßiger Linienverkehr nicht ausreicht, wollen wir flexible Bedarfsverkehre wie RegioFlink und Anrufsammeltaxis ausbauen und mit Bus und Bahn abstimmen. Einheitliche Buchungsmöglichkeiten und faire Tarife sollen die Nutzung erleichtern. Fahrten müssen auch telefonisch buchbar sein, um ein analoges Leben zu ermöglichen. Gemeinden brauchen dafür langfristige finan-



zielle und organisatorische Unterstützung durch das Land.

4. Keine Bahnhofsbarrieren mehr.

Alle Bahnhöfe müssen barrierefrei sein. Menschen mit Behinderungen, Mobilitätseinschränkungen, mit Kinderwagen oder Gepäck sollen Bahnhöfe einfach und sicher nutzen können. Gemeinsam mit Bund, ÖBB und weiteren Partnern wollen wir den notwendigen Umbau vorantreiben.

Auch Haltestellen, Fahrzeuge, Fahrgastinformationen und der Ticketkauf müssen für alle barrierefrei zugänglich und nutzbar sein. Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen sollen bei Planung und Überprüfung einbezogen werden. Selbstbestimmte Mobilität muss auf allen Strecken in ganz Tirol möglich sein.

5. Tirol auf die Schiene bringen.

Wir wollen Regional-, Neben- und Privatbahnen stärken und gemeinsam mit dem Bund und den Nachbarregionen Bahnverbindungen ausbauen. Dazu gehören bessere Verbindungen ins Außerfern, die Wiedereinführung des Direktzugs nach Lienz und die Modernisierung des Deutschen Ecks.

Bahnhöfe sollen gute Umsteigemöglichkeiten zu Bussen, sichere Fahrradabstellplätze und bedarfsgerechte Bike-and-Ride- sowie Park-and-Ride-Angebote bieten. Grenzüberschreitende Verbindungen sollen weiter ausgebaut werden.

6. Mehr Ruhe muss her.

Tirol braucht eine spürbare Entlastung vom Schwerverkehr. Wir wollen bestehende Anti-Transit-Maßnahmen absichern, Ausweichverkehr durch Wohnorte verhindern und Schwerverkehrskontrollen verstärken. Gemeinsam mit dem Bund und unseren Nachbarländern wollen wir den Brennerbasistunnel, seine Zulaufstrecken und geeignete Gütertermi-nals vorantreiben. Ein abgestimmtes Baustellenmanagement soll zusätzliche Belastungen begrenzen. Ein kostenloses, grenzüberschreitendes Buchungssystem für Lkw-Fahrten soll Verkehrsspitzen glätten und Fahrten besser planbar machen. Ziel bleibt die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Der Schutz der Bevölkerung vor Lärm, Abgasen und übermäßigem Schwerverkehr muss auch nach dem europäischen Transit-Urteil gewährleistet bleiben. Neben der Absicherung bestehender Schutzmaßnahmen, wollen wir auf europäischer Ebene für wirksame Handlungsmöglichkeiten zur Begrenzung des Transitverkehrs eintreten.

“Mobilität muss für alle funktionieren – egal, ob jemand mit dem Auto, dem Bus, dem Zug oder dem Fahrrad unterwegs ist. Dafür brauchen wir verlässliche öffentliche Verbindungen, sichere und gut ausgebaute Radwege und echte Alternativen zum Auto. Gleichzeitig müssen wir die Menschen entlang der Transitstrecken endlich wirksam vor Lärm und Abgasen schützen. Denn Mobilität soll das Leben leichter machen und nicht die Lebensqualität kosten.“



René Zumtobel
Landesrat für Verkehr und Mobilität

7. Dem Rad gehört die Zukunft.

Wir wollen eine verbindliche Tiroler Radstrategie mit konkreten Ausbauzielen und Finanzierung. Das Land soll beim überregionalen Radwegenetz mehr Verantwortung für Planung, Ausbau und Erhaltung übernehmen und Gemeinden beim Schließen von Lücken unterstützen. Alltagswege zu Arbeit, Schule, Einkauf und Haltestellen stehen im Mittelpunkt. Sichere Abstellanlagen, Radboxen, Leihangebote und die Verknüpfung mit Öffis sollen das Radfahren erleichtern.

8. Damit Kinder sicher unterwegs sind.

Kinder sollen sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können. Wir wollen Gemeinden bei Schulstraßen, sicheren Querungen, durchgängigen Gehwegen und Verkehrsberuhigung unterstützen. Gut sichtbare Markierungen können ergänzend helfen. Auf Landesstraßen soll das Land notwendige Verbesserungen selbst vorantreiben. Die Bevölkerung soll frühzeitig an der Planung beteiligt werden, besonders Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

9. Klimafreundlich fahren fördern.

Wir wollen öffentliche Busflotten schrittweise auf emissionsfreie Antriebe umstellen und die notwendige Ladeinfrastruktur mitplanen. Öffentlich zugängliche Ladeangebote sollen auch in den Regionen und für Menschen ohne eigenen Stellplatz ausgebaut werden. Carsharing und andere geteilte Fahrzeugangebote wollen wir gemeinsam mit Gemeinden und Betreibern stärken. Förderungen sollen dort ansetzen, wo sie Emissionen wirksam senken und den Alltag erleichtern.

10. Gute Bedingungen für die, die uns durchs Land chauffieren.

Ein gutes Angebot braucht ausreichend Personal und gute Arbeitsbedingungen. Bei der Vergabe von Verkehrsleistungen sollen neben dem Preis auch Qualität, faire Entlohnung, planbare Dienste und ausreichende Pausen zählen. Gemeinsam mit Verkehrsunternehmen und Beschäftigtenvertretungen wollen wir Ausbildung und Personalgewinnung stärken.



Soziales.
Können wir!

Soziales.

Ein gutes Leben für alle ist unser Anspruch. Deshalb hat die Bekämpfung von Armut für uns höchste Priorität. Wir stehen für einen starken Sozialstaat und ein verlässliches Auffangnetz, das Notlagen verhindert und Menschen in schwierigen Lebenssituationen Sicherheit gibt. Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht. Niemand darf als Bittsteller:in behandelt werden. Wir wollen sicherstellen, dass Hilfe tatsächlich bei den Menschen ankommt. Dafür muss jedes Unterstützungsangebot auch analog zugänglich sein – mit persönlicher Beratung und einfachen Antragsmöglichkeiten.

1. Tiroler Mindestsicherung als Instrument zur Armutsbekämpfung.

Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht. Deshalb geht Tirol den erfolgreichen Weg der Tiroler Mindestsicherung weiter, damit auf besondere Gegebenheiten in unserem Land eingegangen werden kann, wie den hohen Wohnkosten und Lebenshaltungskosten. Tirol hat im Bundesländervergleich eines der besten sozialen Auffangnetze – wir lassen niemanden zurück! Deshalb soll die Tiroler Mindestsicherung auch weiterhin zielgerichtet und sozial treffsicher gestaltet sein.

2. Armut verhindern, bevor sie passiert.

Armutsprävention und bestmögliche Unterstützung steht ganz oben auf unserer Agenda. Deshalb setzen wir uns für niederschwellige Beratungen in allen Regionen Tirols ein. Alle, die Unterstützung brauchen sollen wissen, wo sie diese bekommen. Die Fördertour durch alle Bezirke des Landes Tirol soll nicht nur als Informationsveranstaltung gesehen werden, sondern mit Finanzberatung, Schuldenberatung, Information zu Unterstützungsangeboten zu einer präventiven Anlaufstelle für alle Bürger:innen werden. Dieses Angebot soll auf die speziellen Lebensrealitäten aller Tiroler:innen von jung bis alt eingehen.

3. Altersarmut wirksam bekämpfen – Frauen im Alter absichern!

Jahrzehntelange Einkommensunterschiede, Teilzeitarbeit sowie unbezahlte Kinderbetreuungs- und Pflegearbeit führen dazu, dass Frauen im Alter besonders häufig von Armut betroffen sind. Als Land Tirol müssen



wir durch den Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen, leistbaren Wohnraum, niederschwelligen Beratungsangeboten und besseren Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege gegensteuern. Ziel muss sein, Altersarmut zu verhindern und allen Menschen ein Altern in Würde und finanzieller Sicherheit zu ermöglichen.

4. Niemand soll am Formular scheitern.

Es braucht niederschwellige Informationen, die für alle zugänglich sind. Die Scham darf nicht Hindernis sein, um sich Hilfe zu suchen oder danach zu fragen. Wir wollen eine Fördertour on demand mit einer Hotline, die zu gewissen Zeiten erreichbar ist, um Bürger:innen telefonisch beim Ausfüllen von Formularen zu unterstützen und für eine treffsichere Beratung zu sorgen.

5. Arbeit ist Armutsprävention.

Dazu braucht es ausreichend Möglichkeiten, wie Wiedereinstiegsmodelle, Weiterbildungs- und Sprachkursangebote. Vor allem auch für Langzeitarbeitslose und Arbeitssuchende 50+ braucht es effektive Projekte, um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Wir setzen uns für den Erhalt und eine nachhaltige Finanzierung von sozioökonomischen Betrieben als wichtige Säule des Tiroler Arbeitsmarktes ein.

6. Sozialvereine sind das Herz unseres Sozialsystems.

Die Tiroler Vereinslandschaft im Sozialbereich braucht finanzielle Absicherung und die Wertschätzung der Politik. Deshalb arbeiten wir an Mehrjahresverträgen, auch in budgetär schwierigen Zeiten, für Planungssicherheit und Wertschätzung.

7. Weg mit der Gießkanne.

Wir sprechen uns klar gegen Förderungszahlungen mit der Gießkanne aus. Die Teuerung belastet vor allem untere Einkommensschichten und wir müssen jene unterstützen welche am Ende des Monats nicht mehr wissen, wie sie den Kühlschrank füllen können. Dafür kann ein Sozialtarif für verschiedene Freizeit- und Kulturangebote helfen, gezielt denen Teilhabe zu ermöglichen, die das aus eigenen finanziellen Mitteln schwer stemmen können.

8. Housing First – Wohnen zuerst.

Wohnen ist ein Grundrecht. Wohnraum ist der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben. Housing First Modelle sollen fixer Bestandteil in Tirol bleiben und über mehrere Regionen Tirols ausgeweitet werden in Zusammenarbeit mit den Sozialorganisationen. Der Weg des Ausbaus wird konsequent weiterverfolgt. Die Delogierungsprävention erfüllt hier auch eine wichtige Arbeit, um Wohnungslosigkeit zu verhindern.

9. Kinderarmut geht uns alle an.

Kein Kind darf in Armut leben. Das Land muss seinen Teil zur Bekämpfung von Kinderarmut beitragen. Projekte für eine kostenlose gesunde Jause und ein leistbares gesundes Mittagessen in Bildungseinrichtungen und der Gratis-Transport zu Schulveranstaltungen, sollen gestartet werden. Die Schulstarthilfe soll nach oben

“Wir wollen mit aktiver Politik Armut und Ausgrenzung verhindern und Menschen ein eigenständiges Leben ermöglichen. Wer Unterstützung braucht, muss sich auf ein starkes soziales Netz verlassen können. Auch mit wenig Geld muss es möglich sein, am gesellschaftlichen Leben, an Freizeitaktivitäten und an Kultur teilzuhaben. Denn soziale Sicherheit bedeutet mehr, als nur über die Runden zu kommen.“



Eva Pawlata
Soziallandesrätin

angepasst und damit die finanzielle Unterstützung erhöht werden.

10. Freizeit muss leistbar bleiben.

Viele Familien stellt die Teuerung vor große Herausforderungen, denn auch das Freizeitangebot wird teurer. Ob Skifahren, Schwimmen, Eislaufen oder Wochenendausflüge – alles kostet Geld. Es braucht ein leistbares Freizeitangebot für unsere Tiroler Familien, mit gratis Eintritten einmal im Monat in den Tiroler Museen und starke Förderstrukturen für Freizeitangebote in Tirol. Wir fordern ein Comeback der „Einheimischentarife“, hierbei sollen Modelle mit Sozialversicherungsträger oder Kammermitgliedschaften geprüft werden.

11. Mehr Sozialarbeit an den Schulen.

Die jetzige Generation steht vor vielen Herausforderungen, Klimakrise, Kriegsgeschehen, wirtschaftliche Unsicherheit und ein harsches politisches Klima. Dies alles führt zu einer Steigerung der psychischen Belastung und psychischen Erkrankungen. Die Schule ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche niederschwellig erreicht werden können und Mobbing gezielt entgegengewirkt werden kann, hierbei spielt die Schul-



sozialarbeit eine wichtige Rolle. Ziel ist es, mit einem schrittweisen Ausbau in jeder Schulregion ein Schulsozialarbeitsangebot zu etablieren.

12. Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.

Ausbau der Plätze für Kinder und Jugendliche, die innerfamiliär nicht mehr betreut werden können. In den letzten Jahren ist viel passiert und die Plätze wurden schrittweise ausgebaut, trotzdem sind wir noch nicht am Ziel. Es braucht einen weiteren Ausbau von psychosozialen Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Zu den bereits bestehenden Angeboten für Jugendliche mit Essstörung oder Suchtproblematik sollen weitere Angebote geschaffen und Projekte gestartet werden.

13. Hilfe für Familien in akuten Notlagen.

Wenn ein Familienmitglied stirbt oder schwer erkrankt, brauchen Familien rasch und unkompliziert Unterstützung. Diese Unterstützung bietet die Familienhilfe. Die Familienhilfe ist momentan Aufgabe der Gemeinden und stellt diese auch vor Herausforderungen. Die SPÖ steht für eine Vereinheitlichung des Angebots der Familienhilfe. Zukünftig soll diese über das Land organisiert werden und allen Familien zur Verfügung stehen, welche diese benötigen. Natürlich soll weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden in diesem Bereich bestehen.

14. Die Gesundheitskassen müssen nahe am Menschen sein.

Die Zusammenlegung der Gesundheitskassen der ÖVP- und FPÖ-Regierung hat keine Verbesserung der Leistungen oder Kostenersparnisse gebracht. Die Patientenmilliarde war ein PR-Gag und die Patient:innen müssen mit einer Leistungsreduktion leben. Aus Sicht der SPÖ braucht es wieder mehr Mitsprache der Länder und eine Rücknahme der Zentralisierung der Gesundheitskasse. Das Geld hat der Leistung zu folgen, es braucht bundesweit gleiche Leistungsansprüche für die Patient:innen, die Gesundheitsversorgung darf nicht davon abhängen, in welchem Bundesland man lebt.



Sport.
Können wir!

Sport.

Sport muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung. Jedes Kind soll schwimmen lernen, unterschiedliche Sportarten ausprobieren und seine Fähigkeiten entwickeln können. Dafür braucht es leistbare Angebote, offene und moderne Sportstätten und starke Vereine. So ermöglichen wir Bewegung im Alltag und sichern den Breiten- und Nachwuchssport in allen Tiroler Regionen.

1. Jeden Tag Bewegung – für jedes Kind.

Bewegung muss von der Kinderkrippe weg zum Alltag gehören. Gemeinsam mit dem Bund und den Sportverbänden und -vereinen vor Ort wollen wir die tägliche Bewegungseinheit ausbauen und fest im Alltag von Kindern verankern. Zum Beispiel durch regelmäßige Besuche von Vereinen in den Krippen, Kindergärten und Schulen, um ihr sportliches Angebot den Kindern und Eltern vorzustellen. Durch eine mehrjährige Finanzierung stärken wir den Tiroler Schulsportservice, um qualifizierte Bewegungscoaches im Beruf zu halten.



2. Sport und Bildung gehören zusammen.

Wir wollen mehr Schulen mit sportlichem Schwerpunkt und zusätzliche Sportangebote an Standorten mit besonderem Bedarf. Der pädagogische Wert von Sport soll zudem besser genutzt werden: Bewegung, Tanz und gemeinsame Spiele fördern Gesundheit, Selbstvertrauen und helfen im Umgang mit Konflikten. Schulen, Vereine, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit sollen dafür zusammenarbeiten.

3. Schwimmen und Wintersport dürfen keine Geldfrage sein.

Jedes Kind soll bis zum Ende der Volksschule sicher schwimmen können und die Möglichkeit haben, am Hausberg Skifahren zu lernen. Wir wollen Kurskosten, Eintritte, Anreise und Leihausrüstung fördern, damit alle Kinder teilnehmen können. Auch Eislaufen, Langlaufen und andere Bewegungsangebote sollen Platz haben. Bei Sport- und Aktivwochen müssen gleichwertige Alternativen für die, die nicht mitmachen können, angeboten werden. Kein Kind darf ausgeschlossen werden.

4. Mehr Sportstätten für alle.

Wir wollen mehr öffentlich zugängliche Sport- und Spielplätze und bestehende Anlagen besser nutzen – auch am Abend, am Wochenende und in den Ferien. Mit Gemeinden, Schulen und Vereinen sollen klare Vereinbarungen über Nutzung, Betreuung und Kosten getroffen werden. Multifunktionshallen und gemeinsam genutzte Anlagen wollen wir fördern. Der bestehende Sportstättenstrategieplan braucht regionale Ausbauziele, einen Zeitplan für Umsetzungen und eine gesicherte Finanzierung. Wir wollen zusätzliche Eisflächen und große, mehrfach teilbare Sporthallen schaffen, deren Raumhöhe auch für Volleyball geeignet ist.

5. Vereine finanzieren, Ehrenamtliche unterstützen.

Wir wollen die Sportstättenförderung erhöhen und Förderanträge sowie Abrechnungen vereinfachen. Kleine Vereine und finanzschwache Gemeinden brauchen höhere Zuschüsse. Mit mehrjährigen Fördervereinbarungen sichern wir Angebote und Nachwuchsarbeit ab. Ein:e Sport-Ehrenamtskoordinator:in beim Land soll Vereine bei Förderfragen, beim Betrieb von Sportstätten und bei organisatorischen Aufgaben unterstützen sowie die Gewinnung und Ausbildung von Ehrenamtlichen fördern.

6. Ermäßigungen auch für Einheimische.

Was für Gäste gilt, muss auch für Einheimische gelten: Vergünstigungen, die Urlaubsgäste über Gäste-



karten erhalten, sollen durch leistbare „Einheimischentarife“ auch der Bevölkerung vor Ort zugutekommen. Bestehende Freizeitkarten und Ermäßigungsangebote wollen wir zusammenführen und besser bewerben, damit die Menschen die Angebote kennen und einfacher nutzen können.

7. Tourismus soll mitzahlen und Bäder sichern.

Sport- und Freizeitanlagen müssen Gästen, aber vor allem der Bevölkerung zugutekommen. Wir wollen Tourismusabgaben weiter zur Finanzierung heranziehen und einen festgelegten Anteil der zusätzlichen Einnahmen für gemeinsam genutzte Sportinfrastruktur einsetzen. Den Bädertopf wollen wir langfristig absichern und weiterentwickeln. Schwimmkurse, Schulangebote und bezahlbare Eintritte müssen bei der Förderung besonderes Gewicht haben.

8. Nachwuchs fördern und sportliche Karrieren offenhalten.

Talente dürfen nicht durch das Einkommen der Eltern begrenzt werden. Wir wollen die Nachwuchsförderung langfristig finanzieren und Familien bei Beiträgen, Ausrüstung sowie Trainings- und Wettkampffahrten unterstützen. Junge Sportler:innen brauchen qualifizierte Betreuung und die Möglichkeit, Sport mit Schule, Lehre oder Studium zu vereinbaren.

9. Gleichberechtigung und Inklusion im Sport müssen Standard sein.

Öffentliche Sportförderung muss Frauen und Männern gleichberechtigt zugutekommen, das muss auch ein Kriterium bei der Vergabe werden. Wir wollen Fördermittel, Trainingszeiten und die Nutzung von Anlagen darauf überprüfen und Mädchen- und Frauensport noch gezielter stärken. Menschen mit Behinderungen müssen selbstbestimmt Sport ausüben können. Dafür braucht es barrierefreie Anlagen, geeignete Sportgeräte, qualifizierte Betreuung und inklusive Angebote in den Vereinen.

10. Integration und Zusammenhalt durch Sport und Vereinsleben fördern.

Wir wollen den Zugang von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Flucht- oder Migrationserfahrung zum organisierten Sport erleichtern. Dazu sollen Kooperationen zwischen Sportvereinen, Schulen, Gemeinden und Integrationseinrichtungen gestärkt und niederschwellige Bewegungs- und Begegnungsangebote unterstützt werden.

11. Sportvereine müssen sichere und gewaltfreie Orte sein.

Wir wollen Kinderschutz- und Gewaltschutzkonzepte zur Voraussetzung für Landesförderungen machen. Vereine unterstützen wir bei der Umsetzung durch kostenlose Beratungen und Schulungen. Dazu gehören benannte Ansprechpersonen und unabhängige Beschwerdemöglichkeiten. Sexismus, Belästigung und Gewalt dürfen nicht geduldet werden. Wer Schutzmaßnahmen trotz Unterstützung nicht umsetzt, soll nach Verwarnungen keine Förderung erhalten.

“Sport und Bewegung verbinden Menschen, stärken das Selbstbewusstsein und schaffen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir möglichst viele Menschen in Tirol für den Sport begeistern und ihnen die Möglichkeit geben, selbst aktiv zu werden. Dafür stärken wir unsere Vereine, investieren in die Nachwuchsförderung und bauen moderne Sportstätten aus.“



Philip Wohlgemuth
Landesparteivorsitzender



12. Ein Leben lang in Bewegung bleiben.

Ältere brauchen wohnortnahe, leistbare und passende Bewegungsangebote. Die wollen wir ausbauen – auch für von Demenz Betroffene und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Gemeinden, Vereine und Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sollen dieses Angebot gemeinsam gestalten, wir wollen sie dabei unterstützen. Sichere Geh- und Radwege sehen wir als Voraussetzung für Bewegung im Alltag.

13. Sport gemeinsam und über Grenzen hinweg entwickeln.

Wir wollen eine klar zuständige Koordinationsstelle beim Land, die Gemeinden, Sportverbände, Vereine, Bildungseinrichtungen und große Anlagenbetreiber zusammenbringt. Sie soll gemeinsame Nutzung und Investitionen abstimmen und grenzüberschreitende Projekte in der Europaregion und darüber hinaus unterstützen. Außerdem soll sie Vereine bei Partnerschaften und europäischen Förderanträgen beraten.



Umwelt.
Können wir!

Sauberes Wasser, gesunde Böden und eine intakte Natur sind unsere Lebensgrundlagen. Wir brauchen mehr Grün und weniger Asphalt und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Wer unsere Lebensmittel produziert und unsere Landschaften pflegt und erhält, muss von dieser Arbeit leben können – auch in Zukunft. Wir begreifen Klimaschutz als soziale Frage. Klimaschutzmaßnahmen müssen für alle leistbar sein und in allen Bereichen gefördert werden. Tirol muss energieautonom werden, dazu brauchen wir den Ausbau erneuerbarer Energien – damit erreichen wir die Unabhängigkeit von Öl, Gas und Atomkraft.

Naturschutz und Klima.

1. Boden erhalten und unser Wasser schützen.

Wir wollen den Bodenverbrauch deutlich reduzieren. Bestehende Gebäude und Flächen müssen besser genutzt werden, bevor Neues gebaut wird. Landwirtschaftliche Flächen müssen erhalten und vor Spekulation geschützt werden. Tirols Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand. Grundwasser und Trinkwasserressourcen müssen langfristig gesichert und vor Verschmutzung und Übernutzung geschützt werden.

2. Artenvielfalt und natürliche Lebensräume erhalten.

Gletscher, Gletschervorfelder und sensible alpine Räume müssen konsequent geschützt werden. Wir wollen die Wiederherstellung von Mooren, Auen und Feuchtgebieten sowie klimafitte Schutz- und Mischwälder fördern. Gemeinden, Grundeigentümer:innen und Naturschutzorganisationen sollen bei Schutz- und Renaturierungsprojekten finanzielle und fachliche Unterstützung erhalten.

3. Tiroler:innen vor Hitze und Naturgefahren schützen.

Regionale, wissenschaftliche Klimaanalysen müssen die Basis für Raumordnung und Schutzmaßnahmen sein. Das Land soll Gemeinden beim Hochwasserschutz und bei der Vorsorge gegen Trockenheit, Starkregen und weitere Naturgefahren unterstützen. Betroffene von Naturkatastrophen müssen sich auf rasche und unbürokratische Hilfe verlassen können.

4. Mehr Grün und weniger Asphalt.

Wir wollen Gemeinden aktiv unterstützen, versiegelte Flächen aufzubrechen und zu begrünen – besonders auf Schulhöfen, öffentlichen Plätzen und rund um Kinderbildungs- und Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Das Land soll Entsiegelung, Baumpflanzungen, Beschattung und Fassadenbegrünung fördern und bestehende Bäume und Grünräume erhalten. Finanzschwache Gemeinden brauchen dafür höhere Zuschüsse.

5. Schutz vor Lärm und Luftverschmutzung.

Gesundheit und Lebensqualität dürfen nicht davon abhängen, welche Wohnung jemand wo bezahlen kann. Für Menschen, die in besonders betroffenen Wohngebieten leben, müssen Lärmschutz an Landesstraßen und Maßnahmen gegen Durchzugsverkehr rasch umgesetzt werden. Das Land soll dabei finanziell und fachlich unterstützen. Öffentlich zugängliche Messungen sollen zeigen, wo die Belastung besonders hoch ist und ob Maßnahmen wirken. Zum Schutz von Menschen und Tieren setzen wir uns auch für strengere Regeln für Böller und Feuerwerkskörper ein.

6. Natur für alle zugänglich machen und Wissen vermitteln.

Öffentliche Zugänge zu Seen und Natur- und Erholungsräumen müssen frei und kostenlos zugänglich bleiben. In empfindlichen Naturräumen sollen gut gekennzeichnete Wege und Besucherlenkung Erholung und Naturschutz verbinden. Naturpark-Ranger:innen und Schutzbeauftragte brauchen ausreichend Ressourcen und Finanzierung. Wir wollen Naturwochen in Kindergärten und Schulen, Umweltbildung für alle Altersgruppen fördern und Informationen und Daten öffentlich zugänglich machen.

7. Eingriffe begrenzen und Schäden wiedergutmachen.

Infrastrukturprojekte müssen sich an klaren Natur- und Landschaftsschutzkriterien orientieren. Bei unvermeidbaren Eingriffen braucht es wirksame ökologische Ausgleichsmaßnahmen, deren Umsetzung und Erhalt kontrolliert werden. Den Naturschutzfonds und zweckgebundene Umweltfonds wollen wir langfristig absichern. Bei rechtswidriger Naturzerstörung setzen wir uns für höhere Strafen und die konsequente Wiederherstellung geschädigter Lebensräume ein.

8. Rohstoffe länger nutzen und Abfälle vermeiden.

Wir wollen Wiederverwendung und Recycling stärken und die regionale Infrastruktur, gemeinsam mit Gemeinden und Abfallverbänden, besser abstimmen. Bei Bau- und Beschaffungsvorhaben des Landes sollen langlebige, reparierbare Produkte und wiederverwendbare Materialien Vorrang haben. Sozialökonomische Betriebe sind mit ihrem Know-How aus der Praxis wichtige Partner.

9. Naturschutz wirksam vertreten.

Wir wollen das Tiroler Naturschutzgesetz weiterentwickeln und Schutzgebiete, Besucher:innenlenkung sowie die Abwägung öffentlicher Interessen klar regeln. Die Tiroler Umweltanwaltschaft muss als unabhängige Stimme erhalten und gestärkt werden. Verfahren und Entscheidungen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Umwelt-, Natur- und Artenschutzorganisationen brauchen langfristige Finanzierung für ihre wichtige Arbeit.

10. Haustiere schützen und Versorgung sichern.

Tierheime und Tierschutzvereine brauchen eine langfristige Finanzierung, einschließlich akuter Tierbetreuung bei sozialen Notlagen. Tierärzt:innen und Notdienste müssen in allen Regionen auch an Wochenenden erreichbar sein. Dafür wollen wir organisierte Bereitschaftsdienste unterstützen. Tierschutzkontrollen und die Tierschutzombudsstelle sollen gestärkt, Qualzucht und illegaler Tierhandel noch konsequenter bekämpft werden.

“Umweltschutz bedeutet, unsere Natur, die Tiere und das Klima zu schützen – und damit auch die Menschen. Dazu gehören regionale Lebensmittel, die sich alle leisten können und für die unsere Bäuerinnen und Bauern fair bezahlt werden. Gleichzeitig setzen wir auf eine nachhaltige Energieversorgung, die das Klima schützt und die Menschen entlastet.“



Christian Kovacevic
Umweltsprecher

Landwirtschaft und Tierwohl.

1. Lebensmittelversorgung in Tirol sichern.

Wir wollen regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung durch Landesförderungen stärken. Dazu gehören Verarbeitungsbetriebe, Bauernmärkte, Hofläden und gemeinsame Lieferangebote. Wenn Betriebe ihre Logistik gemeinsam organisieren, sollen sie Unterstützung erhalten. Das schafft Absatzmöglichkeiten, verkürzt Wege und macht die Versorgung widerstandsfähiger gegen Krisen.

2. Bäuerinnen und Bauern verdienen faire Gewinne und Perspektiven.

Besonders kleine und mittlere Landwirtschaften brauchen einen fairen Anteil an der Wertschöpfung. Wir wollen ihre Position durch gemeinsame Vermarktung und Kooperationen stärken. Förderanträge und Abrechnungen sollen einfacher und Beratungsangebote leichter zugänglich werden.

Beim Bund und auf europäischer Ebene kämpfen wir gegen unfaire Handelspraktiken und setzen uns dafür ein, dass die Umweltkosten internationaler Transporte stärker berücksichtigt werden.

3. Regionale Lebensmittel auf die Teller bringen.

In den Küchen des Landes und seiner Einrichtungen sollen vorwiegend regionale, saisonale und biologische Lebensmittel verarbeitet werden. Kleine Betriebe sollen Unterstützung erhalten, um öffentliche Küchen gemeinsam beliefern zu können. Auch die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus wollen wir ausbauen. Herkunft und Tierwohlstandards müssen durch Herkunftsbezeichnung nachvollziehbar sein. Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung wollen wir stärken.

4. Gute Arbeit und Entlastung für Bäuerinnen und Bauern.

Beschäftigte und Saisonarbeitskräfte brauchen faire Arbeitsbedingungen, angemessene Unterkünfte und Beratung zu ihren Rechten. Wenn Bäuer:innen durch Krankheit oder familiäre Notfälle ausfallen, darf der Hof deswegen nicht stillstehen müssen – hier entlasten wir durch geförderte Betriebsvertretungen.

5. Landwirtschaft, gesunde Böden und Artenvielfalt gehören zusammen.

Wir wollen Betriebe mit Förderungen und Beratungen unterstützen, Böden schonend zu bewirtschaften, Artenvielfalt zu erhalten und den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Die biologische Landwirtschaft und ihre Absatzmöglichkeiten wollen wir stärken. Alm- und Hochweidewirtschaft sollen als Teil der Tiroler Landwirtschaft und Kulturlandschaft langfristig gesichert werden.

6. Klima- und zukunftsfitte Höfe.

Trockenheit, Hitze und Extremwetter dürfen bäuerlichen Betrieben nicht die Existenzgrundlage entziehen. Wir wollen Beratung und Investitionen für wassersparende Bewirtschaftung, gesunde Böden und widerstandsfähige Kulturen fördern. Forschung und landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen sollen geeignete Anbaumethoden erproben und das Wissen den Betrieben zugänglich machen. Schutzmaßnahmen gegen Extremwetter wollen wir gezielt unterstützen.

7. Tierwohl als Standard und Transporte verkürzen.

Mit Landesförderungen wollen wir tiergerechte Haltung und Verbesserungen auf den Höfen unterstützen. Regionale Schlachtmöglichkeiten sollen erhalten und ausgebaut werden, um damit lange Tiertransporte zu vermeiden. Beim Umgang mit großen Beutegreifern braucht es wissenschaftlich fundierte und in der Almwirtschaft umsetzbare Maßnahmen. Betriebe wollen wir durch Beratung, geeigneten Herdenschutz und rasche Hilfe bei Schäden unterstützen.

8. Für die nächste Generation arbeiten.

Wer einen Hof übernehmen oder neu in die Landwirtschaft einsteigen möchte, braucht Zugang zu Beratung, Finanzierung und Ausbildung. Wir wollen Junglandwirt:innen bei Hofübernahmen und notwendigen Investitionen gezielt unterstützen. Landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung soll auf die Führung eines Betriebs ebenso vorbereiten, wie auf Direktvermarktung, Tierwohl und die Anpassung an den Klimawandel.

Energie.

1. Sonnenenergie auf Tirols Dächern nutzen.

Wir wollen Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern, Betriebsgebäuden und Parkflächen ausbauen. Vorrang haben Dächer und bereits versiegelte Flächen. Das Land soll auf seinen Gebäuden vorangehen und Gemeinden bei der Planung und Umsetzung unterstützen. Im geförderten Wohnbau soll Sonnenstrom die laufenden Kosten für die Bewohner:innen senken.

2. Erneuerbare Energie naturverträglich ausbauen.

Wasserkraft bleibt ein wichtiger Bestandteil der Tiroler Energieversorgung. Bevor neue Kraftwerke gebaut werden, sollen Modernisierung und Effizienzsteigerung bestehender Anlagen geprüft werden. Windkraft, Geothermie und Photovoltaik wollen wir an geeigneten Standorten weiterentwickeln und ausbauen. Beim Ausbau müssen Natur- und Landschaftsschutz sowie der Nutzen für die Bevölkerung berücksichtigt werden.

3. Leistbare Energie sichern und Energiearmut bekämpfen.

Die öffentliche Energieversorgung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir wollen den Einfluss des Landes als Eigentümer nutzen, damit Haushalte und Betriebe von der heimischen Stromerzeugung profitieren. Menschen mit geringem Einkommen brauchen gezielte Unterstützung bei Energiekosten. Beim Bund und den zuständigen Regulierungsstellen setzen wir uns für eine sozial gerechte Verteilung und Begrenzung der Netzkosten ein.

4. Gemeinsam Energie erzeugen und davon profitieren.

Wir wollen Energiegemeinschaften ausbauen und Gemeinden, Haushalte und Betriebe bei Gründung und Betrieb unterstützen. Beteiligungsmodelle ohne hohe Einstiegskosten sollen den Zugang erleichtern. So bleibt mehr Wertschöpfung in der Region und die Energiewende kommt mehr Menschen zugute.

5. Netze und Speicher für eine sichere Versorgung ausbauen.

Wir wollen den Ausbau der Stromnetze, erneuerbaren Anlagen und Speicher besser aufeinander abstimmen. Batteriespeicher für Haushalte, Gemeinden und Betriebe

sollen gezielt unterstützt werden. Größere Speicher brauchen ökologisch vertretbare Standorte und einen nachvollziehbaren Nutzen. Genehmigungsverfahren sollen durch klare Zuständigkeiten und ausreichend Personal beschleunigt werden.

6. Energiesparen und Sanieren für alle ermöglichen.

Wer wenig Einkommen hat, soll nicht dauerhaft in einer Wohnung mit hohen Heizkosten leben müssen. Wir wollen Sanierungsförderungen sozial staffeln und Vorfinanzierung ermöglichen, damit notwendige Maßnahmen nicht am fehlenden Eigenkapital scheitern. Auch Mieter:innen müssen von niedrigeren laufenden Kosten profitieren. Öffentliche Gebäude sollen energetisch saniert und Betriebe bei Effizienzmaßnahmen unterstützt werden. Energieberatung soll verständlich über Einsparmöglichkeiten und Förderungen informieren und bei der Umsetzung helfen.

7. Klimafreundlich heizen und Kosten für Kund:innen senken.

Wir wollen klimafreundliche Nah- und Fernwärme sowie geeignete Wärmepumpen im Neubau und Bestand ausbauen. Wärmepreise und Vertragsbedingungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Nachhaltige Biomasse, Biogas aus landwirtschaftlichen Reststoffen und Speiseresten sowie Geothermie sollen, wo sinnvoll, zur Wärmeversorgung genutzt werden. Gemeinden und Versorger wollen wir bei der Planung gemeinsamer Lösungen unterstützen.

8. Forschung finanzieren und neue Technologien erproben.

Gemeinsam mit Hochschulen und Unternehmen wollen wir die Entwicklung und Erprobung neuer Energietechnologien fördern. Schwerpunkte sind effiziente Speicher und Wasserstoff für Industrie und Langzeitspeicherung.

9. Strompreise von fossilen Preisspitzen entkoppeln.

Wir setzen uns auf europäischer Ebene für die Abschaffung des Merit-Order-Systems in seiner bisherigen Form ein. Die teuerste Erzeugungsart soll nicht länger den Preis für die gesamte Stromversorgung bestimmen. Über unseren landeseigenen Energieversorger und zusätzliche Speicherkapazitäten wollen wir Tirol unabhängiger von internationalen Preisschwankungen machen.



Wohnen.
Können wir!

Wohnen.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle leistbar sein. Wer in Tirol lebt und arbeitet, soll hier auch ein Zuhause finden können – unabhängig vom Einkommen und davon, ob die Familie finanziell unterstützen kann. Wir stehen für ein ausreichendes Angebot an leistbaren Mietwohnungen und einen fairen Zugang zu Eigentum. Grund und Boden sind begrenzt und müssen verantwortungsvoll genutzt werden. Gemeinden brauchen ausreichend Geld und verfügbares Bauland, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. Leerstehende Wohnungen und gewidmete Bauflächen müssen konsequent mobilisiert werden. Unser Ziel ist ein Tirol, in dem Wohnen Sicherheit gibt und nicht zur finanziellen Belastung wird.

1. Bauland weiter mobilisieren und Gemeinden beim Grunderwerb stärken.

Gewidmetes Bauland soll auch für den Wohnbedarf genutzt werden. Mit der erstmaligen Einführung der Baulandmobilisierungsabgabe ist hier ein wichtiger Schritt gelungen. Den Grundverkehr wollen wir verschärfen und damit die nachhaltige Landwirtschaft und die langfristige Entwicklung geförderten Wohnbaus unterstützen.

2. Öffentliche Interessen bei Widmungen verbindlich sichern.

Raumordnungsverträge sollen Flächenwidmungen und Änderungen von Bebauungsplänen regeln. Damit wollen wir öffentliche Interessen und die Schaffung leistbaren Wohnraums absichern.

3. Leistbarer Wohnraum in jeder Gemeinde.

Wir wollen den kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau ausbauen und in jeder Gemeinde ein Mindestmaß an leistbarem Wohnraum sichern. Mit Gemeinden und gemeinnützigen Bauträgern vor Ort sollen Wohnungen gebaut werden, die zum örtlichen Bedarf passen und langfristig leistbar bleiben.

4. Einmal gemeinnützig – immer gemeinnützig.

Mit öffentlichen Geldern geschaffener Wohnraum muss dauerhaft der Spekulation entzogen werden. Bei jedem Weiterverkauf sollen Gemeinde oder Land ein Vorkaufsrecht erhalten. Gefördertes Eigentum soll nur an förderungsberechtigte Personen oder gemeinnützige Bauvereinigungen weiterverkauft werden dürfen.

5. Geld fürs Wohnen auch ins Wohnen investieren.

Wohnbauförderungsbeiträge, Rückzahlungen aus laufenden Darlehen und zusätzliche Bundesmittel für den Wohnbau müssen zweckgebunden für leistbares Wohnen eingesetzt werden. Sie dürfen keine Budgetlöcher schließen. Wir wollen die Mittel und Förderquoten erhöhen, damit Mieten und Kaufpreise sinken. Einkommensgrenzen sollen regelmäßig angepasst werden.

6. Wohnbauförderung auf ihre Kernaufgabe konzentrieren.

Die Wohnbauförderung soll vorrangig leistbaren Wohnraum schaffen. Förderungen für erneuerbare Energien, Wärmepumpen und Photovoltaik sollen aus der Wohnbauförderung ausgelagert und über eigene Programme finanziert werden. Dadurch sollen mehr Mittel unmittelbar für leistbare Wohnungen zur Verfügung stehen.

7. Das erste eigene Zuhause ermöglichen.

Fehlende Ersparnisse dürfen die erste eigene Wohnung nicht verhindern. Wir wollen einkommensabhängige Eigenmittelersatzdarlehen nach Wiener Vorbild für die erste Eigentumswohnung schaffen. Angestrebt werden ein Zinssatz von einem Prozent und eine Rückzahlung über zehn bis 25 Jahre, abgestimmt auf Einkommen und Haushaltsgröße. Wir wollen mehr Starterwohnungen und Wohnprojekte für junge Menschen in Ausbildung.



8. Klare Grenzen für Airbnb und Kurzzeitvermietungen.

Wir wollen die europäischen Möglichkeiten zur Erfassung von Kurzzeitvermietungen nutzen und eine Registrierungspflicht verankern. Gemeinden sollen Wohnzonen ausweisen können, in denen Kurzzeitvermietung eingeschränkt wird, auch in Kerngebieten und gemischten Wohngebieten. In besonders belasteten Gemeinden wollen wir die Beschränkungen schrittweise verschärfen. Für wirksame Kontrollen müssen ausreichend Personal und Mittel bereitstehen.

9. Leerstand und Freizeitwohnsitze wirksam erfassen und besteuern.

Wir wollen die Leerstands- und Freizeitwohnsitzabgabe beibehalten und progressiv weiterentwickeln. Das Land soll Gemeinden bei der Erfassung leerstehender Wohnungen und bei Kontrollen weiter unterstützen. Auch Freizeitwohnsitze müssen streng kontrolliert und entsprechend besteuert werden.

10. Projekt „Sicheres Vermieten“ ausbauen und Kautionen leistbar machen.

Wir wollen Eigentümer:innen unterstützen, leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten. Das Projekt „Sicheres Vermieten“ soll dafür ausgebaut und stärker beworben werden. Ein Tiroler Kautionsfonds, nach Innsbrucker Vorbild, soll Menschen durch zinslose Darlehen helfen, die hohen Einstiegskosten bei einer Anmietung zu bewältigen.

11. Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ beenden.

Wir wollen Wohnungslosigkeit mit dem konsequenten Ausbau von „Housing First“ beenden. Menschen ohne Wohnung sollen Zugang zu einem eigenen, dauerhaft leistbaren Zuhause und der notwendigen Begleitung erhalten. Anreize sollen dazu beitragen, zusätzliche Wohnungen für dieses Angebot bereitzustellen.

12. Mehr Geld für Gemeinden durch eine höhere Grundsteuer.

Das Land Tirol soll sich beim Bund für eine Erhöhung der Grundsteuer einsetzen, damit Gemeinden die notwendige Infrastruktur finanzieren können.

Einfacheres Bauen und innovative Wohnformen

13. Genossenschaften und gemeinschaftliches Wohnen fördern.

Wir wollen die Gründung von Genossenschaften, Baugruppen und gemeinschaftlichen Wohnprojekten unterstützen. Solche Wohnformen sollen über die Wohnbauförderung umgesetzt werden können und ein gutes Zusammenleben im Ort stärken. Dafür müssen Bewohner:innen bei der Gestaltung mitreden dürfen.

14. Neue Bauweisen und Wohnformen ermöglichen.

Tirol soll Vorreiter bei innovativem Wohnen sein. Wir wollen ehemalige Gewerbeflächen zu Wohn-, Kultur- und Arbeitsquartieren entwickeln. Neue Materialien, Bauweisen und Wohnformen dürfen nicht an starren Regelungen scheitern. Dafür braucht es Freiräume, Förderungen und Kooperationen.

15. Einfacher bauen und Bestehendes besser nutzen.

Bauen darf nicht am Papierstau scheitern. Wir wollen die Bauordnung vereinfachen, Verfahren digitalisieren und Baustandards auf Nutzen und Kosten überprüfen. Unnötige und teure Vorschriften sollen zugunsten von mehr Eigenverantwortung entfallen, ohne dabei Sicherheits- und Umweltstandards zu senken. Mit flexibleren Bebauungsplänen, besonders im ländlichen Raum, erleichtern wir kleinere Aufstockungen und Nachverdichtungen und setzen uns für steuerliche Anreize für Sanierung ein.

16. Barrierefreies Wohnen für mehr Selbstbestimmung.

Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen müssen selbstbestimmt wohnen und möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben können. Dafür wollen wir barrierefreie und inklusive Wohnangebote ausbauen.

17. Gemeinden und Wohnviertel für alle Generationen planen.

Wir wollen generationengerechte Siedlungen und Lebensräume entwickeln. Dazu gehören kurze Wege zu Nahversorgung, Bildung, Gesundheit und Freizeit, barrierefreie öffentliche Räume und sichere Mobilität. Unterschiedliche Wohnformen, Grün- und Freiräume sowie anpassungsfähige Gebäude sollen den Bedürfnissen aller Altersgruppen gerecht werden. Auf Basis der Studie Zukunft Wohnen 2035 soll dafür ein Leitfaden entwi-

ckelt werden, etwa im Hinblick auf eine über das Gebäude hinausgehende und partizipative Quartiersentwicklung.

Recht auf Hitzeschutz und Kostensenkungen durch saubere Energie

18. Hitzeschutz im Mietrecht verankern.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Mieter:innen Außenjalousien, Rollläden, Markisen und geeignete Klimatisierungssysteme einfacher und ohne unnötige Zustimmungshürden nachrüsten können. Gleichzeitig wollen wir klare gesetzliche Regelungen schaffen: Mieter:innen sollen bei erheblicher und anhaltender Überhitzung weniger Miete zahlen müssen. Technische Sicherheitsanforderungen und berechtigte Interessen anderer Hausbewohner bleiben dabei gewahrt.

19. Mehr Grün in der Bebauungsplanung verankern.

Gemeinden sollen Bepflanzungen, Baumerhalt, Grünflächen und weitere Grünelemente verbindlich im Bebauungsplan festlegen können. Dafür wollen wir die Möglichkeiten in der Tiroler Raumordnung prüfen.

20. Betriebs- und Energiekosten senken.

Wir wollen gemeinnützige Bauträger dazu verpflichten, Betriebskosten durch moderne Energieversorgung, Heiz- und Stromkosten so niedrig wie möglich zu halten. Mieterstrommodelle sollen dabei ermöglichen, dass Mieter:innen Sonnenstrom vom eigenen Hausdach direkt nutzen und ihre Stromkosten senken können.



21. Energiespeicher in Wohngebäuden fördern.

Erneuerbar erzeugter Strom soll gespeichert und dann genutzt werden können, wenn er gebraucht wird. Wir wollen deshalb Energiespeicheranlagen in Wohngebäuden fördern, von denen auch Mieter:innen profitieren.

22. Parkplatzflächen für Sonnenenergie nutzen oder entsiegeln.

Bestehende offene Parkplatzflächen sollen entweder mit Photovoltaikanlagen überbaut oder bestmöglich entsiegelt werden. So nutzen wir bereits beanspruchte Flächen für erneuerbare Energie oder geben Boden und Grünraum zurück.

23. Wasser sparen und wiederverwenden.

Wir wollen die Wiederverwendung von Wasser fördern, um Trinkwasserressourcen zu schonen und Gemeinden bei zunehmender Wasserknappheit zu unterstützen. Wassersparende Lösungen sollen im Wohnbau und bei bestehenden Gebäuden stärker eingesetzt werden.

24. Geförderter Wohnbau geht bei Hitzeschutz voran.

Bei geförderten Neubauten sollen wirksame Beschattung, geeignete Bauweisen und natürliche Kühlmöglichkeiten von Anfang an mitgedacht werden. Auch bei umfassenden Sanierungen wollen wir den Hitze-

“Um Wohnen leistbarer zu machen, müssen wir auf allen Ebenen ansetzen. Wir wollen das Bauen einfacher machen, neue Wohnformen ermöglichen und in allen Gemeinden mehr Bauland für den gemeinnützigen Wohnbau mobilisieren. Gleichzeitig müssen wir auch bestehende Wohnungen verbessern: mit einem besseren Hitzeschutz für heiße Sommer und energieeffizienten Gebäuden, die die Betriebskosten senken.“



Philip Wohlgemuth
Landesparteivorsitzender

schutz stärker berücksichtigen.

Mehr Schutz und Services für Mieter:innen

25. Ein gerechtes und verständliches Mietrecht vom Bund einfordern.

Wir fordern ein Universalmietrecht, das Mieter:innen und Vermieter:innen klare Regeln und Rechtssicherheit bietet. Für alle Gebäude soll nach 35 Jahren das Richtwertsystem verpflichtend gelten. Zu- und Abschläge müssen im Gesetz transparent und einheitlich geregelt werden.

Wir wollen wirksame Grenzen gegen überhöhte Mieten und Sanktionen gegen Mietenwucher. Mietanpassungen sollen sich an der Entwicklung von Löhnen und Pensionen orientieren. Unbefristete Mietverträge müssen zum Standard werden und Ausnahmen nur sachlich begründet erlaubt sein.

26. Mieter:innen zu ihren Rechten verhelfen.

Wir wollen im Zusammenspiel mit der Arbeiterkammer die unabhängige Mietberatung ausbauen, damit Mieter:innen Verträge, Betriebskosten und Ansprüche überprüfen lassen können und bei Konflikten Unterstützung erhalten.

27. Digitale Wohnservices kostenlos bereitstellen.

Eine kostenlose Wohnungsübergabe-App soll Fotos, Zählerstände, Schäden, Schlüssel und Unterschriften erfassen und daraus ein Übergabeprotokoll für Mieter:innen und Vermieter:innen erstellen. Eine Wohnbauförderungs-App soll Förderungen übersichtlich darstellen und mit einem Mietzinsbeihilfenrechner zeigen, welche Unterstützung möglich ist. Persönliche Beratungsangebote bleiben erhalten.



Zusammenleben.
Können wir!

Zusammenleben und bürgernahe Verwaltung.

Zusammenleben gelingt, wenn Menschen einander verstehen, mitgestalten können und gemeinsame Regeln respektieren. Wir stehen für gleiche Rechte und Pflichten, demokratische Grundwerte und ein Zusammenleben ohne Rassismus und Diskriminierung. Probleme müssen offen angesprochen und gemeinsam gelöst werden. Wer in Tirol lebt, soll die Chance haben, dazuzugehören und einen Beitrag zu leisten. Klar ist auch: Wer zu uns kommt und hier schwere Straftaten begeht, kann nicht Teil dieses Zusammenlebens sein. Wir wollen ein Tirol, in dem alle Generationen einander begegnen, Vielfalt respektiert und ehrenamtliches Engagement unterstützt wird. Eine bürgernahe Verwaltung mit verständlichen Informationen, einfachen Behördenwegen und persönlicher Beratung schafft dafür verlässliche Rahmenbedingungen.



Integration

1. Deutsch lernen ab dem ersten Tag ermöglichen.

Alle Menschen, die nach Tirol kommen, sollen von Anfang an Deutsch lernen können – vom Kindesalter bis ins hohe Alter. Dafür braucht es bedarfsgerechte, leistbare und regional angebotene Deutschkurse von der Alphabetisierung bis zur Fachsprache. Dazu gehören ein Kinderbetreuungsangebot, aufeinander abgestimmte Kursstufen und Unterstützung beim Weiterlernen. Digitale Angebote sollen die Kurse ergänzen. Mehrsprachigkeit wollen wir als Fähigkeit anerkennen und nutzen.

2. Arbeit und Qualifizierung schaffen Perspektiven.

Wer arbeiten kann, soll seine Fähigkeiten auch einbringen und beruflich weiterkommen können. Gemeinsam mit AMS, Betrieben und Bildungseinrichtungen wollen wir berufliche Qualifizierung, Weiterbildung und den Einstieg in Beschäftigung unterstützen. Deutschlernen soll auch am Arbeitsplatz möglich sein.

Regionale Qualifizierungsverbünde sollen Betriebe bei fachlicher Weiterbildung, Sprachförderung und der Zusammenarbeit in vielfältigen Teams unterstützen.

Schwerpunkte wollen wir in Gesundheits- und Sozialberufen, Pflege, Betreuung, Digitalisierung und klimafreundlichen Berufen setzen. Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen müssen für alle gelten.

3. Ausbildungen anerkennen und Berufseinstieg begleiten.

Menschen sollen in dem Beruf arbeiten können, für den sie ausgebildet sind. Wir wollen die Beratung zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse in Tirol ausbauen und notwendige Ergänzungsausbildungen zugänglicher und leistbarer machen. Bei den zuständigen Stellen setzen wir uns für schnellere und einfachere Verfahren ein. Berufserfahrung und Fähigkeiten sollen berücksichtigt werden. Wer zusätzliche Unterstützung braucht, soll vor, während und nach dem Berufseinstieg individuell begleitet werden.

4. Jungen Menschen Bildungswege öffnen.

Wir wollen Jugendcolleges und Produktionsschulen regional ausbauen sowie kostenlose Pflicht-

“Tirol lebt vom Miteinander und vom Zusammenhalt. Wir stehen für eine solidarische Gemeinschaft, in der alle aufeinander schauen und Verantwortung füreinander übernehmen. Dafür wollen wir Begegnung und Mitgestaltung ermöglichen, ehrenamtliches Engagement unterstützen und eine Verwaltung, die den Menschen verständlich und unkompliziert weiterhilft.“



Daniela Meichtry
Landtagsabgeordnete



schulabschlusskurse mit Sprachförderung sichern. Beim Bund setzen wir uns für Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Asylwerber:innen ein, damit begonnene Ausbildungen abgeschlossen werden können.

5. Zugewanderte Frauen beim selbstbestimmten Leben unterstützen.

Wir wollen Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen mit Flucht- oder Migrationserfahrung regional ausbauen. Dazu gehören Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Berufsorientierungsangebote und Begleitung in Ausbildung und Arbeit. Ziel ist die wirtschaftliche Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen.

6. Beratung leicht zugänglich machen und langfristig absichern.

Unabhängige Beratung zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Behördenwegen wollen wir regional und durch mehrjährige, indexierte Förderungen sichern. Ein mehrsprachiges Landesportal soll bestehende Informationen und Angebote bündeln und auf Wunsch datenschutzkonform passende nächste Schritte aufzeigen. Persönliche Beratung bleibt erhalten. Den Tiroler Integrationskompass TIK+ wollen wir mit einem eigenen Budgetansatz absichern.

7. Zusammenleben durch Begegnung und Mitgestaltung stärken.

Wir wollen Nachbarschaftsprojekte und den Zugang zu Sport- und Kulturvereinen fördern. Menschen mit eigener Migrationserfahrung sollen Zugewanderte unterstützen. Eine Kampagne soll erfolgreiche Bildungs- und Berufswege sichtbar machen, auch von Jugendcollege-Absolvent:innen.

8. Mit dem Tiroler Integrationspreis Engagement würdigen.

Wir wollen einen Tiroler Integrationspreis einführen und damit besonderes Engagement für gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbar machen. Ausgezeichnet werden Vereine, Initiativen, Bildungseinrichtungen, Gemeinden, Betriebe und Einzelpersonen, die mit innovativen sozialen, interkulturellen, kulturellen oder künstlerischen Projekten einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

9. Demokratie stärken und Rassismus entgegentreten.

Ein respektvolles Zusammenleben braucht demokratische Grundwerte, gegenseitiges Verständnis und klare Haltung gegen Diskriminierung. Wir wollen Demokratiebildung ausbauen, Wissen über Rechte und Pflichten vermitteln und Konflikte frühzeitig durch Dialog und Vermittlung lösen. Die Beratungs-, Dokumentations- und Antirassismusarbeit des ZeMiT wollen wir langfristig finanziell absichern.

Gleichzeitig sollen Gemeinden, Schulen, Vereine und Betriebe durch gezielte Sensibilisierungs- und Schulungsangebote im Umgang mit Diskriminierung gestärkt werden. Unser Anspruch ist eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung mit den Chancen und Herausforderungen des Zusammenlebens, die Probleme offen anspricht und Erfolge sichtbar macht.

10. Tiroler Integrationspolitik weiterentwickeln.

Aufbauend auf dem Foresight-Integrationsmonitor wollen wir einen jährlichen Integrationsbericht einführen, der Entwicklungen, Erfolge und Handlungsbedarf anhand messbarer Indikatoren aufzeigt. Die Tiroler Integrationsenquete soll über die jährliche Veranstaltung hinauswirken: Das jeweilige Schwerpunktthema soll gemeinsam mit Gemeinden, regionalen Integrations-Koordinator:innen und Fachorganisationen weiterbe-

arbeitet werden. Aus den Diskussionen sollen konkrete Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die Tiroler Integrationspolitik entstehen.

11. Menschenwürdige Grundversorgung und humanitäres Bleiberecht.

Wir wollen menschenwürdige Unterbringung, Betreuung und Zugang zu Sprache, Bildung und Qualifizierung während des Asylverfahrens. Beim Bund fordern wir faire, rasche Asylverfahren und ein humanitäres Bleiberecht, das Lebenssituation und Verwurzelung berücksichtigt und Wohnsitzgemeinden einbindet. Eine Bezahlkarte für Asylwerber:innen lehnen wir ebenso ab wie eine zusätzliche starre Residenzpflicht. Beides schränkt die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ein, schafft zusätzliche Hürden für Ausbildung und Beschäftigung und bringt keinen Mehrwert für die Integration.

12. Langfristige Sicherheit für Tiroler Soziale Dienste.

Wir wollen die Tiroler Sozialen Dienste (TSD) als zentrale Einrichtung der Flüchtlingsbetreuung langfristig organisatorisch und finanziell absichern, Fachwissen und Arbeitsplätze erhalten und ihre Kompetenzen künftig auch für angrenzende soziale Aufgaben nutzen.

13. Psychosoziale Versorgung für geflüchtete Menschen stärken.

Wir wollen den Zugang zu mehrsprachiger, niederschwelliger und kultursensibler psychosozialer Beratung und Betreuung verbessern, insbesondere für Kinder, Jugendliche und besonders schutzbedürftige Menschen. Einrichtungen wie ANKYRA sollen langfristig und bedarfsgerecht finanziert werden.

14. Freiwilliges Engagement und gemeinnützige Tätigkeiten ermöglichen.

Freiwillige gemeinnützige Tätigkeiten für Asylwerber:innen wollen wir durch einfache Vermittlung und angemessene Anerkennung ausbauen, ohne reguläre Arbeitsplätze zu ersetzen. Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit braucht feste Ansprechstellen, kostenlose Schulungen und fachliche Begleitung. Sie ergänzt professionelle Betreuung und darf sie nicht ersetzen.

Ehrenamt

15. „Tirol(e)Model“

Wir setzen auf Anreize, um den Einsatz für die Gemeinschaft attraktiver zu machen. Jede ehrenamtliche Tätigkeit wird nach einem Punktesystem bewertet. Diese Punkte sollen bei Wirtschaftspartner:innen wie Rabattmarken eingelöst werden können. Eine Arbeitsgruppe im Land soll, aufbauend auf dem „Jahr des Ehrenamtes“ 2026, ein Konzept ausarbeiten und mögliche Systempartner:innen gewinnen.

16. Ehrenamtliche unterstützen und rechtlich absichern.

Wir wollen eine Ehrenamtsombudsstelle beim Land schaffen, die Ehrenamtliche berät und ihre Anliegen vertritt. Förderanträge und Abrechnungen sollen einfacher werden. Das Land soll kostenlosen Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz ermöglichen, wo dieser fehlt, und kostenlose Weiterbildungen für Ehrenamtliche anbieten.

17. Den Einstieg ins Ehrenamt erleichtern.

Wer sich einbringen möchte, soll leicht passende Möglichkeiten finden, sich zu engagieren. Wir wollen bestehende Angebote in Tirol übersichtlich bündeln und bekannter machen. Vereine und Initiativen sollen Unterstützung vom Land erhalten, um neue Freiwillige zu gewinnen, einzuarbeiten und zu begleiten.



Generationen

18. Jugendarbeit und Freiräume finanziell absichern.

Wir wollen die Landesförderungen für Jugendzentren und mobile Jugendarbeit mehrjährig vereinbaren und an die Kostenentwicklung anpassen. Die Finanzierung muss ausreichend qualifiziertes Personal ermöglichen. Gemeinden und Träger sollen beim Aufbau und Betrieb konsumfreier Treffpunkte und Freiräume weiter unterstützt werden – auch außerhalb der Ballungsräume. Die Beteiligung Jugendlicher an Ausstattung, Öffnungszeiten und Angeboten soll in den Förderbedingungen verankert werden.



19. Psychische Gesundheit junger Menschen stärken.

Kinder und Jugendliche müssen bei Sorgen und Krisen kostenlos und vertraulich Hilfe bekommen. Wir wollen psychosoziale Angebote in allen Bezirken ausbauen und ihre Finanzierung in der Jugendarbeit absichern. Gemeinsam mit Beratungsstellen und Trägern wollen wir regelmäßige psychologische Sprechstunden in Jugendzentren finanzieren, die ohne Überweisung zugänglich sind.

20. Bei Cybermobbing helfen.

Wer im Internet bedroht, bloßgestellt oder ausgegrenzt wird, darf damit nicht allein bleiben. Wir wollen die Kinder- und Jugendanwaltschaft personell stärken, damit sie einen Schwerpunkt für Cybermobbing und digitale Gewalt anbieten kann. Dieser soll Betroffene vertraulich beraten, beim Melden von Inhalten unterstützen und bei Gesprächen mit Schulen oder anderen Beteiligten begleiten. Das Land soll Beratung und Schulungen für Schulen und Jugendeinrichtungen finanzieren.

21. Leistbare Ferien für alle Kinder.

Wir wollen Gemeinden und Träger beim Ausbau von Sommercamps und Ferienangeboten mit Sport, Kultur, in der Natur und gemeinsamen Aktivitäten ohne Handy und Bildschirme unterstützen. Für diese Ferienwochen soll eine landesweite Preisobergrenze gelten, die Essen und notwendige Ausrüstung einschließt. Die Landesförderung muss diese Begrenzung ermöglichen und kostenlose Plätze für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen finanzieren.

22. Begegnungsräume schaffen und ausbauen.

Wir wollen Begegnungsräume, Lesepatenschaften und generationenübergreifende Freiwilligenprojekte fördern. Gemeinden, Bibliotheken und Vereine sollen Landesmittel erhalten, um bestehende Räume als regelmäßig geöffnete, konsumfreie Generationentreffpunkte zu nutzen – mit gemeinsamen Mittagstischen, Reparaturtreffs und Spielenachmittagen.

23. Das Recht auf ein analoges Leben sichern.

Wer digitale Angebote nicht nutzen kann oder möchte, darf keinen Nachteil haben. Bei Leistungen des Landes wollen wir persönliche, telefonische oder schriftliche Zugänge ohne zusätzliche Gebühren sicherstellen. Gemeinden sollen Beratung und Unterstützung erhalten, um analoge Amtswege zu sichern. Computerias und kostenlose Digitalsprechstunden wollen wir durch Landesförderungen ausbauen.

24. Einsamkeit bekämpfen und aktives Altern ermöglichen.

Wir wollen wohnortnahe Treffpunkte sowie leistbare Gesundheits-, Bewegungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen fördern. Dazu gehören Besuchsdienste und Fahrtmöglichkeiten, damit auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität teilnehmen können. Bestehende Beratungs- und Pflegeeinrichtungen sollen dabei eingebunden werden.

25. Mitsprache im Alter stärken.

Ältere Menschen müssen politische und gesellschaftliche Entscheidungen mitgestalten können. Bei Planungen des Landes zu Mobilität, Wohnen und sozialen Angeboten wollen wir sie frühzeitig einbeziehen. Gemeinden sollen für Beteiligungsangebote Beratung und finanzielle Unterstützung erhalten. Vom Land organisierte oder geförderte Beteiligung muss persönlich, barrierefrei und ohne digitale Voraussetzungen möglich sein.

Vielfalt leben

26. Gleichberechtigt und offen leben – in ganz Tirol.

Niemand darf wegen seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden. Wir wollen die Geschlechtsidentität im Tiroler Antidiskriminierungsrecht ausdrücklich verankern und fordern vom Bund einen umfassenden verfassungsrechtlichen Diskriminierungsschutz. Landesbedienstete und Gesundheitspersonal sollen zu den Lebensrealitäten und Rechten von LGBTIQ+-Personen geschult werden. Für trans Personen wollen wir medizinische und psychologische Versorgung sowie fachkundige Anlaufstellen auch außerhalb Innsbrucks ausbauen.

27. Vielfalt in ganz Tirol stärken

Wir wollen, dass queere Menschen in ganz Tirol eine sichere Anlaufstelle und Begegnungsräume vorfinden. Ziel ist es, queeren Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Unterstützung, Austausch, Gemeinschaft und sichere Räume zu ermöglichen.

Bürgernahe Verwaltung

28. Behördenwege aus einer Hand.

Wer in Tirol lebt, soll sein Anliegen an einer zentralen Stelle einbringen können, auch wenn mehrere Behörden zuständig sind. Land, Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden müssen die weitere Bearbeitung untereinander koordinieren. Für komplexe Verfahren sollen feste Ansprechpersonen den Überblick behalten und Antragsteller:innen begleiten.

29. Verständliche und barrierefreie Informationen.

Formulare, Bescheide und Behördeninformationen müssen so gestaltet sein, dass Menschen sie verstehen und nutzen können. Sie müssen in einer klaren, einfachen Sprache formuliert und barrierefrei zugänglich sein. In den Bezirkshauptmannschaften bauen wir die Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen und bei digitalen Anträgen aus.

30. Digitale Angebote und persönliche Beratung.

Wir wollen Behördenwege möglichst vollständig digital ermöglichen – vom Antrag bis zur Erledigung. Gleichzeitig müssen persönliche, schriftliche und telefonische Beratungen in allen Bezirken erhalten bleiben.

31. Nachvollziehbare Verfahren und verlässliche Bearbeitungszeiten.

Antragsteller:innen sollen jederzeit erfahren können, welche Stelle zuständig ist, welche Unterlagen noch fehlen und wie weit die Bearbeitung ihres Anliegens fortgeschritten ist. Wir setzen klare Bearbeitungsziele und sorgen dafür, dass Verzögerungen erklärt werden. Doppelprüfungen und unnötige Verfahrensschritte sollen entfallen.

32. Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Land und Gemeinden brauchen engagierte Mitarbeiter:innen und müssen als Arbeitgeber konkurrenzfähig sein. Wir setzen uns für faire Bezahlung und gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein. Das gilt auch für Einrichtungen, die ausschließlich öffentlich finanziert werden.

Neue Arbeitszeitmodelle werden gemeinsam mit der Personalvertretung entwickelt und erprobt. Zudem soll das Land Tirol weitere Lehrstellen in landeseigenen und landesnahen Einrichtungen schaffen.

33. Gleichstellung und Inklusion umsetzen.

Wir streben einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent in Führungspositionen der Landesverwaltung sowie in Führungspositionen und Aufsichtsräten landesnaher Unternehmen an. Transparente Auswahlverfahren und faire Entlohnung sollen Chancengleichheit gewährleisten. Das Land und landesnahe Unternehmen sollen die gesetzliche Beschäftigungspflicht für Menschen mit Behinderungen erfüllen und dafür barrierefreie Arbeitsplätze sowie bedarfsgerechte Unterstützung sicherstellen.

34. Gemeinden durch gemeinsame Angebote unterstützen.

Kleinere Gemeinden sollen bei anspruchsvollen Aufgaben auf gemeinsame Fachstellen zurückgreifen können. Das betrifft insbesondere IT-Sicherheit, Datenschutz, öffentliche Beschaffung und komplexe Genehmigungsverfahren. Zuständigkeiten sollen klar sein und Doppelstrukturen vermieden werden.

35. Öffentliche Aufträge verantwortungsvoll vergeben.

Bei öffentlichen Aufträgen müssen neben dem Preis auch Qualität, faire Arbeitsbedingungen und ökologische Auswirkungen zählen. Ausschreibungen sollen verständlich und so

gestaltet sein, dass auch kleine und mittlere Unternehmen teilnehmen können.

36. Digitale Sicherheit und Blackout-Vorsorge stärken.

Wir sichern öffentliche Daten und die Funktionsfähigkeit wichtiger Einrichtungen durch gemeinsame IT-Sicherheitsangebote, regelmäßige Prüfungen und Schulungen. Offene Standards und geeignete Alternativen sollen die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern verringern. Für den Einsatz Künstlicher Intelligenz gelten klare Regeln zu Transparenz, Kontrolle und menschlicher Verantwortung. Gemeinsam mit Gemeinden, Energieversorgern und Einsatzorganisationen stärken wir die Vorbereitung auf länger dauernde Stromausfälle. Dazu gehören abgestimmte und regelmäßig erprobte Notfallpläne, Notstromversorgung für kritische Einrichtungen und verlässliche Informations- und Anlaufstellen für die Bevölkerung. Wasserversorgung, Pflege und wesentliche Verwaltungsleistungen müssen auch bei Ausfällen bestmöglich weitergeführt werden können.

Notizen.

Notizen.

Impressum: Medieninhaber

Landesorganisation
der Sozialdemokratischen Partei Tirol
A 6020 Innsbruck
Salurner Straße 2

Telefon: +43 (512) 5366
e-Mail: office@spoe-tirol.at

Bildnachweise

Alexander Halbwirth
Manuel Matt
Franz Preschern
magnific.com
pexels: chris flxxx, gulsahaydgn, Larissa Gabrielli, spal